



## 116. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 9. Februar 2021

Mitteilungen des Präsidenten .....	3	Dr. Martin Vincentz (AfD) .....	23
		Ergebnis.....	23
<b>1 Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 10. Februar 2021 zum weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie:</b>		<b>Entschuldigt waren:</b>	
<b>Pandemie weiter ernsthaft bekämpfen – faktenbasierte Entscheidungen treffen – Wege in eine Normalisierung aufzeigen</b>		Jörg Blöming (CDU)	
Antrag		Frank Boss (CDU)	
der Fraktion der SPD und		Guido Déus (CDU)	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Heinrich Frieling (CDU)	
Drucksache 17/12569		Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)	
Entschließungsantrag		Katharina Gebauer (CDU)	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Matthias Goeken (CDU)	
Drucksache 17/12577		Daniel Hagemeier (CDU)	
Entschließungsantrag		Wilhelm Hausmann (CDU)	
der Fraktion der AfD		Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)	
Drucksache 17/12578		Jochen Klenner (CDU)	
Entschließungsantrag		Kirstin Korte (CDU)	
der Fraktion der SPD		Bernd Krückel (CDU)	
Drucksache 17/12579 .....	3	Britta Oellers (CDU)	
Thomas Kutschaty (SPD) .....	3	Dietmar Panske (CDU)	
Josefine Paul (GRÜNE).....	7	Dr. Patricia Peill (CDU)	
Bodo Löttgen (CDU) .....	9	Charlotte Quik (CDU)	
Christof Rasche (FDP) .....	12	Jochen Ritter (CDU)	
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	15	Hendrick Schmitz (CDU)	
Ministerpräsident Armin Laschet .....	17	Daniel Sieveke (CDU)	
Thomas Kutschaty (SPD) .....	20	Martin Sträßer (CDU)	
Bodo Löttgen (CDU) .....	21	Andrea Stullich (CDU)	
Formlose Rüge		Raphael Tigges (CDU)	
des Abgeordneten Andreas Keith (AfD)		Simone Wendland (CDU)	
s. Protokoll der 117. Plenarsitzung unter		Heike Wermer (CDU)	
Vor Eintritt in die Tagesordnung .....	22	Bianca Winkelmann (CDU)	
Josefine Paul (GRÜNE).....	22	Britta Altenkamp (SPD)	
Minister Dr. Joachim Stamp .....	22	Andreas Becker (SPD)	
		Frank Börner (SPD)	
		Dr. Nadja Büteföhr (SPD)	
		Gordan Dudas (SPD)	
		Georg Fortmeier (SPD)	
		Hartmut Ganzke (SPD)	
		Gabriele Hammelrath (SPD)	
		Wolfgang Jörg (SPD)	
		Christina Kampmann (SPD)	

Hannelore Kraft (SPD)  
Hubertus Kramer (SPD)  
Carsten Löcker (SPD)  
Angela Lück (SPD)  
Eva Lux (SPD)  
Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)  
Norbert Römer (SPD)  
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)  
Karl Schultheis (SPD)  
Ina Spanier-Oppermann (SPD)  
Ellen Stock (SPD)  
Annette Watermann-Krass (SPD)  
Sebastian Watermeier (SPD)  
Christina Weng (SPD)

Berivan Aymaz (GRÜNE)  
Horst Becker (GRÜNE)  
Sigrid Beer (GRÜNE)  
Wibke Brems (GRÜNE)  
Monika Düker (GRÜNE)  
Johannes Rimmel (GRÜNE)  
Norwich Rüße (GRÜNE)  
Verena Schäffer (GRÜNE)

Daniela Beihl (FDP)  
Martina Hannen (FDP)  
Christian Mangen (FDP)  
Franziska Müller-Rech (FDP)  
Thomas Nüchel (FDP)  
Stephen Paul (FDP)  
Dr. Werner Pfeil (FDP)  
Ulrich Reuter (FDP)

Dr. Christian Blex (AfD)  
Thomas Röckemann (AfD)  
Sven Werner Tritschler (AfD)  
Markus Wagner (AfD)  
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)  
Frank Neppe (fraktionslos)

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle zu unserer heutigen, 116. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt den Gästen und den Zuschauern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

(Unruhe – Glocke)

in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ein Antrag der Fraktion der AfD auf Einberufung des Landtags erreichte nicht das erforderliche Quorum.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

**1 Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 10. Februar 2021 zum weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie:**

**Pandemie weiter ernsthaft bekämpfen – faktenbasierte Entscheidungen treffen – Wege in eine Normalisierung aufzeigen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/12569

Entschließungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/12577

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/12578

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/12579

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion der SPD dem Fraktionsvorsitzenden Kutschaty das Wort.

**Thomas Kutschaty**<sup>1)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn wir uns die aktuellen Zahlen des Robert Koch-Instituts anschauen, sehen wir, dass die bisher getroffenen Maßnahmen bundesweit

Wirkung entfalten. Der Inzidenzwert hat sich seit Anfang Januar nahezu halbiert, der R-Wert sinkt, und auch die Zahl der intensivmedizinisch zu behandelnden Patientinnen und Patienten fällt leicht, wenngleich sie weiterhin auf sehr hohem Niveau liegt.

Drei Monate des vollständigen bzw. teilweisen Lockdowns tragen Früchte. Wir alle können den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sehr dankbar dafür sein, dass sie diese harten Einschnitte weit überwiegend nicht nur beachtet, sondern auch mitgetragen haben. Ohne diese Akzeptanz hätte das niemals funktioniert. Herzlichen Dank an alle Menschen, die sich an Regeln halten und auch dafür stehen!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Wenn wir über diese Akzeptanz sprechen, sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, dass ganz viele Menschen diese Maßnahmen mittragen, obwohl sie wissen, dass sie genau wegen dieser Maßnahmen ihre Geschäfte nicht öffnen dürfen, ihre Dienstleistungen nicht anbieten dürfen und auch im Zuge der Kurzarbeit auf viel Geld verzichten müssen.

Corona, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine gigantische Welle, die alles unter der Wasseroberfläche verschwinden lässt. Erst wenn das Wasser abzieht, werden wir sehen, wie groß der Schaden wirklich ist.

Mir macht es heute schon Sorgen, wenn ich daran denke, was wir zu sehen bekommen werden. Im Bereich der Kultur, der Gastronomie, der Solo-Selbstständigen und der geringfügig Beschäftigten wird Corona brutal zugeschlagen haben. Im Bereich des Einzelhandels, in unseren Innenstädten und in den Friseursalons wird Corona harte Folgen zeigen.

Diese Menschen bringen große Opfer für uns alle. Es ist an der Zeit, dass wir ihnen auch von hier aus das Signal geben, dass wir sie sehen und dass wir ihnen dankbar sind. Das ist nicht selbstverständlich. Wir dürfen das auch nach der Krise nicht vergessen. Diese Dankbarkeit muss länger halten als der Applaus aus dem letzten Frühjahr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt auch sehr viele Menschen, die nicht unbedingt wirtschaftlich, aber psychisch unter den Folgen des Lockdowns leiden. Die Umarmung, das flüchtige Gespräch, das Lächeln bei einer Tasse Kaffee – all das fehlt. Einsamkeit und das Gefühl der Isolation machen krank – wie immer bei Krankheiten manche mehr als andere. Viele ertragen, was niemand ertragen sollte.

Wir verlangen gerade auch sehr viel von unseren Schülerinnen und Schülern – oft sogar zu viel. Home-schooling ist der Alltag von 2,5 Millionen Schüle-

rinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen geworden. Trotzdem oder gerade deswegen ist dieses Wort zum Unwort geworden. Niemand will es mehr hören. Ich kann das verstehen, allerdings leider auch nicht ändern.

Aber danken können wir auch den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern, die ihr Bestes geben. Den Schülerinnen und Schülern danke ich für ihre Nachsicht und für ihre technischen Tipps, ohne die vieles gar nicht funktionieren würde. Herzlichen Dank auch an all diejenigen, die versuchen, im Bildungsbereich das zu retten, was im Augenblick zu retten ist!

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich hatte es eingangs erwähnt: Die Zahlen geben Anlass zur Hoffnung, aber keinesfalls zu verfrühten Lockerungsübungen. Denn trotz dieses positiven Trends sind seit Jahresbeginn fast genauso viele Menschen in Nordrhein-Westfalen an Corona gestorben wie im gesamten letzten Jahr. Wir haben fast 12.000 Tote in unserem Land zu beklagen. Damit ist klar: Die Lage ist nach wie vor sehr ernst.

Diese Pandemie endet erst mit einer flächendeckenden Impfung. Doch Impfstoff gibt es derzeit zu wenig. Ich will hier und heute gar keine Debatte darüber führen, warum das so ist. Denn es ist gerade von hier aus nicht zu ändern.

Wir haben die heutige Sondersitzung aber auch beantragt, um mit Ihnen gemeinsam darüber zu diskutieren, was wir jetzt tun müssen. Denn nur abzusperrten und zu warten ist, ehrlich gesagt, keine Option.

Wir müssen auch von der völlig überhöhten Erwartungshaltung an die Gipfel mit der Bundeskanzlerin wegkommen. Diese Erwartungshaltung kann dieses Gremium in vielen Bereichen doch gar nicht erfüllen.

Deswegen müssen wir einen Ausweg suchen, wie wir in der Zeit verfahren, in der noch nicht ausreichend Impfstoff vorhanden ist.

Nach unserer Auffassung brauchen wir für die kommenden Monate einen Fünf-Punkte-Plan.

Der erste Punkt ist eine umfassende Teststrategie. Das ist nichts Neues; das habe ich schon im letzten Sommer gefordert und wird auch weiterhin unsere Forderung sein. Denn solange wir nicht genügend Impfstoff haben, müssen wir testen, testen, testen.

Nach Berechnungen des Präsidenten des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Herrn Professor Dr. Welfens, kostet uns jeder Monat im Lockdown 60 Milliarden Euro in Deutschland. Das entspricht übrigens 1,8 % des Nationaleinkommens pro Monat.

Herr Professor Welfens hat weiter berechnet, was es uns kosten würde, wenn wir alle Bürgerinnen und Bürger jede Woche einen kostenlosen Test machen lassen würden. Das wären weniger als 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Sie sehen also: Wenn wir mit einer massiven flächendeckenden Ausweitung der Tests nur einen Monat des Lockdowns verhindern können, sparen wir eine gigantische Milliardensumme.

Gleichzeitig geben wir deutlich mehr Menschen den Alltag zurück. Das Ganze hat also auch eine verfassungsrechtliche Komponente. Denn je mehr Menschen, die das Virus in sich tragen, wir durch Tests identifizieren können, desto eher können wir Quarantänemaßnahmen anordnen, und desto eher können in bestimmten Bereichen Maßnahmen gelockert werden, wenn engmaschige Tests gegeben sind.

Jetzt werden Sie mir gleich vorhalten: So hohe Testkapazitäten, wie man dazu bräuchte, gibt es doch gar nicht. – Ganz abgesehen davon, dass man Laborkapazitäten schaffen kann, geht es meiner Meinung nach in den nächsten Tagen und Wochen vor allen Dingen auch um die Zulassung von sogenannten Schnelltests im Selbsttestverfahren. Diese Selbsttests sind flächendeckend entwickelt. Jeder kann sie ohne Aufwand selbst durchführen. In einigen Ländern funktioniert das schon. Über einen Speicheltest kann man das machen. Wenige Minuten später steht ein Ergebnis fest. Die Kosten belaufen sich auf 3 bis 5 Euro pro Tag.

Die herzliche Bitte an die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidentenkonferenz ist: Tauschen Sie sich bitte auch darüber aus, ob das nicht eine weitere Variante ist, mit der man zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen für mehr Sicherheit sorgen kann.

Wenn wir uns dafür entscheiden, müssen diese Tests auch flächendeckend über den Einzelhandel angeboten werden. Der Einzelhandel steht bereit. Ich habe letzte Woche noch Gespräche geführt. Sie wären bereit, solche Tests zu verkaufen. Sie müssen nur jetzt bestellen, damit diese Tests in einigen Wochen auch tatsächlich vorhanden sind. Das wäre etwas, was sehr sinnvoll wäre.

Zweiter Punkt: Wir brauchen eine Mutationsstrategie. Die größere Gefahr lauert derzeit in den Mutationen. Ich glaube, das ist völlig unstrittig. Bei der britischen Mutation sollen nach derzeitiger Erkenntnislage – das ist alles noch nicht abschließend erforscht – die Impfstoffe, die wir haben, weitestgehend anschlagen. Bei den Mutationen aus Südafrika und Brasilien ist das noch offen und möglicherweise eher nicht der Fall. Dabei sind doch gerade diese Mutationen deutlich ansteckender und deutlich tödlicher als die bisher bekannte Coronavirus-Variante.

Wenn uns bei den Mutationen die Lage entgleitet, droht uns die Pandemie in der Pandemie, und wir würden wieder bei null anfangen. Das wäre eine Katastrophe.

Was ist also zu tun? Wir müssen ab sofort jeden positiven Coronatest auch auf Mutationen hin überprüfen. Einige Städte tun das schon. Ich halte es für das Gebot der Stunde, dass wir das flächendeckend in unserem Land machen. Nur so können wir sofort Mutationen in den Griff bekommen. Wenn Sie sich Beispielstädte anschauen, in denen das in den letzten Wochen schon getan worden ist, stellen Sie fest, dass beispielsweise in Solingen bei 30 % der Tests mutierte Viren gefunden wurden. Umso wichtiger ist es, diese Mutationen in den Griff zu bekommen.

Deswegen ist die herzliche Bitte an die Landesregierung: Sorgen Sie dafür, dass wir jeden positiven Coronatest auch auf Mutationen hin untersuchen. Denn das schafft mehr Sicherheit, weil dann sofort Quarantänemaßnahmen eingeleitet werden können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Punkt: Impfen. Natürlich ist die Impfung der beste Weg aus der Krise. Aber was es nicht gibt, kann ich im Augenblick auch nicht verimpfen. Nordrhein-Westfalen ist bei dem Thema „Impfen“ leider nach wie vor ziemlich weit abgeschlagen – übrigens auch bei dem Thema „Reserve für die Zweitimpfung“.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal kurz auf die letzte Landtagssitzung zurückkommen, bei der hier behauptet worden ist, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern würden keine Impfstoffe für eine zweite Dosis zurückhalten. Das ist falsch. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der „Süddeutschen Zeitung“ vom 2. Februar 2021. Darin ist dezidiert aufgelistet, wie viel Impfstoff zurückgehalten wird. Auch dort kann die zweite Dosis verabreicht werden. Der Umgang in der letzten Sitzung war nicht ganz fair. Die Zahlen liegen vor. Auch andere Länder reagieren da verantwortungsvoll und halten die Zweitdosis zurück.

Trotzdem liegt Nordrhein-Westfalen beim Impfen so weit hinten. Das muss sich in den nächsten Tagen bessern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

53 Impfzentren für 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sind zu wenig. Das haben wir schon mehrfach gesagt.

Zum einen brauchen wir dezentrale Angebote über Außenstellen der Impfzentren.

Zum anderen müssen wir auch das machen, was in Mecklenburg-Vorpommern schon erfolgreich getestet wird, nämlich jetzt auch verstärkt Hausarztpraxen in die Impfstrategie mit einbinden. Technisch ist es möglich, an einem Nachmittag einer Hausarztpraxis

Impfstoff zur Verfügung zu stellen. Die Wege sind kürzer. Der Arzt kennt die Patientin oder den Patienten. Das Vertrauen ist da. Wenn wir eine hohe Akzeptanz haben wollen und viele Menschen zur Impfung bringen wollen, kann uns das nur über das Hausarztmodell gelingen.

Insofern bitte ich die Landesregierung darum, dafür zu sorgen, dass auch in Hausarztpraxen und dezentraler geimpft werden kann. Anders werden wir es nicht schaffen, selbst wenn der Impfstoff da ist. Die Terminvergabe hat ja gezeigt, wie schwierig das alles ist.

Lassen Sie uns bitte auch Lehren aus dem Chaos bei der Terminvergabe in der vorletzten Woche ziehen. Ich möchte das heute nicht noch einmal alles ausrollen. Aber die nächste Gruppe der 70- bis 80-Jährigen ist mit 1,7 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen doppelt so groß wie die Gruppe der über 80-Jährigen. Ich möchte nicht noch einmal das erleben, was wir jetzt den 80-Jährigen, 90-Jährigen und 100-Jährigen zugemutet haben. Ein doppeltes Chaos können wir uns nicht mehr erlauben. Dann ist das Vertrauen in staatliche Strukturen endgültig kaputt. Lassen Sie uns da intelligentere Wege gehen.

Ich will Ihnen auch vorschlagen, was man machen kann. Wir sollten die Terminvergabe bei der nächsten Gruppe nach Jahrgängen staffeln. Bitte nicht alle am ersten Tag anrufen lassen! Man kann nach Jahrgängen gestaffelt die Leute an verschiedenen Tagen anrufen lassen. Das entspannt Hotlines und Homepages, aber vor allem die Nerven der Betroffenen.

(Beifall von der SPD)

Des Weiteren rege ich an, dass wir bei der Terminvergabe Wartelisten einführen. Derzeit höre ich, dass 15 % des Impfstoffes an einem Impftermin nicht verimpft werden können, weil Leute nicht gekommen sind – nicht nur wegen des Schneechaos, sondern auch in anderen Situationen. Aber ganz viele der älteren Menschen wären bereit, sich auf eine Warteliste setzen zu lassen und dann an einem Nachmittag am Telefon zu sitzen, damit man sie anrufen und ihnen sagen kann: Du kannst doch noch heute oder morgen früh oder in den nächsten Stunden kommen, weil noch Impfstoff tatsächlich vorhanden ist.

Rechnen Sie diese 15 % pro Tag einmal hoch. Dann sehen Sie, wie viele Monate früher wir aus der Krise kommen könnten, wenn die relevanten Gruppen über Wartelisten schnell nachrücken könnten.

Technisch ist es kein Problem, eine Warteliste einzuführen. Das mit der Warteliste klingt banal und fast zu einfach. Aber es ist ein guter Vorschlag. Denken Sie bitte auch darüber nach – schon allein, weil wir dann endlich die leidigen Diskussionen los sind, wer bei übrig gebliebenem Impfstoff denn noch spontan geimpft werden kann. Diese öffentliche Diskussion sollten wir alle gemeinsam nicht führen, meine Damen und Herren.

(Beifall von Nadja Lüders [SPD])

Vierter Punkt: Wenn wir wollen, dass die Menschen die harten Einschnitte weiter akzeptieren und sich deswegen auch daran halten, müssen wir klare Perspektiven bieten. Wir brauchen einen Stufenplan für die Zeit nach dem 14. Februar. Was passiert demnächst, wenn Zahlen sinken? Was passiert aber auch im Gegenzug, wenn Zahlen wieder steigen sollten? Die Debatte darüber ist wichtig. Sie muss auch in diesem Haus auch vor dem morgigen Tag geführt werden.

Ich bin Ihnen, Herr Stamp, sehr dankbar dafür, dass Sie dazu schon öffentlich klar Position bezogen haben. Sie haben ein Papier vorgelegt, in dem Sie sich Gedanken gemacht haben, wie ein Stufenplan nach Ihrer Einschätzung aussehen kann. Ich finde es gut, dass Sie das getan haben. Mich irritiert nur, dass Sie immer betonen müssen, das sei nur Ihr persönliches Papier. Ich hätte erwartet, dass die Landesregierung ein solches Papier vorgelegt. Das wäre gut gewesen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Einen solchen Stufenplan brauchen wir auch. Es sind schon verschiedene Modelle auf dem Markt. Ich habe mir mehrere angeschaut, auch aus anderen Ländern. Mir persönlich gefällt der Stufenplan aus Niedersachsen am besten. Wir haben ihn leicht modifiziert – so, wie wir uns das vorstellen können – in unseren Entschließungsantrag eingebaut. Aufgeteilt in verschiedene Stufen kann man dort genau nachlesen, was bei welcher Inzidenz gilt.

Das ist – ich betone es an dieser Stelle – eine von uns eingebrachte Diskussionsgrundlage. Wir haben mehrere Modelle. Auch Ihr Papier verstehe ich als Diskussionsgrundlage, Herr Stamp. Man kann an der einen oder anderen Stelle noch einmal abgleichen, was in dem einen oder anderen Plan besser ist. Man sollte sie übereinanderlegen und schauen, wie man eine gemeinsame Lösung anbieten kann.

Wir stehen dazu. Wir halten es für richtig. Denn so etwas schafft Perspektive. So können die Menschen auch mit Maßnahmen leben, wenn sie eben nicht alle 14 Tage abwarten müssen, bis die nächste MPK stattgefunden hat. Warten auf einen Gipfel ist keine gute Lösung. Wir brauchen Verlässlichkeit. Nicht nur die Wirtschaft setzt auf Verlässlichkeit. Ich kann eher mal mit einer längeren Pause leben, wenn ich weiß, wie das Ganze funktioniert und ab wann ich wieder eine Perspektive habe.

Es muss doch jetzt auch möglich sein, dass wir hin zu einer Langfriststrategie kommen und endlich einmal weg von dieser Schluckauf-Politik, die wir die letzten Wochen und Monate in diesem Lande gemacht haben.

(Beifall von der SPD)

Fünfter Punkt: Wir brauchen ein modernes Pandemiegesetz. Die Rechte des Parlaments müssen in dieser Phase ausreichend berücksichtigt werden. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht bekommen. In Kürze werden wir uns zusammensetzen und darüber beraten, wie Beteiligungsrechte des Parlaments stärker berücksichtigt werden können. Das ist keine Nebensächlichkeitsfrage, sondern hat auch etwas damit zu tun, Rechtssicherheit zu schaffen und Akzeptanz in der Bevölkerung für harte Lockdown-Maßnahmen zu erhöhen, wenn das Parlament mitbestimmt.

Sie wissen, dass der vorgelegte Entwurf noch nicht so ganz meine Begeisterung gefunden hat. Aber wir setzen uns zusammen. Bereits im letzten Jahr ist es uns beim Pandemiegesetz gelungen, bei solchen wichtigen Punkten eine gemeinsame Lösung zu finden. Hier sind wir insgesamt natürlich gesprächsbereit.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, welche fünf Punkte unsere Fraktion Sie herzlich bittet, Herr Laschet, morgen mit in die Runde mit der Kanzlerin zu nehmen, über die man im Lande diskutieren muss.

Erstens. Solange ich nicht alle impfen kann, muss ich deutlich mehr testen. Das kostet nur einen Bruchteil eines härteren Lockdowns und bringt mehr Freiheiten.

Zweitens. Beim Impfen müssen wir dezentraler, schneller und besser werden. Hier müssen wir Erfahrungen aus dem ersten Impfstartbeginn sammeln. Das kann besser werden.

Drittens. Wir brauchen eine Mutationsstrategie. Bei jedem positiven Test auf Corona muss ein Nachtest auf eine Mutation erfolgen. Nur so kann man effektiv gegensteuern und die Ausbreitung der Mutationen in den Griff bekommen.

Viertens. Wir brauchen einen Stufenplan, wissenschaftlich fundiert begründet, mit Werten, die allen Menschen Perspektiven aufzeigen, wie man aus dieser Krise wieder herauskommen kann.

Fünftens. Dazu brauchen wir natürlich ein modernes Pandemiegesetz.

Das alles ist kein Hexenwerk. Das ist Handwerk. Wir unterstützen, wo wir nur können. Wenn wir jetzt Fehler machen, wird uns die Pandemie noch sehr lange im Griff behalten. Das darf nicht passieren. Deswegen müssen wir gemeinsam besser werden. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Paul.

**Josefine Paul**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die Kanzlerin morgen mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zusammenkommt, geht es einmal mehr um die Frage, wie es weitergehen soll.

Eine Verlängerung der Maßnahmen über den 15. Februar hinaus ist auch nach den Mahnungen aus der Wissenschaft dringend geboten. Auch wenn sich die Inzidenzwerte in eine positive Richtung entwickeln, ist das leider noch kein Grund zu wirklicher Entwarnung. Die Lage ist insbesondere angesichts der Virusmutationen weiterhin ernst.

Ein Blick in andere Länder führt uns eindringlich vor Augen, wie fragil die Lage tatsächlich ist. Zu frühe Öffnungen können zu einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen führen. Eine dritte Welle dürfen wir nicht riskieren. Deshalb ist es an dieser Stelle zu früh, über Lockerungen zum 15. Februar zu sprechen.

Gleichzeitig macht sich bei den Menschen aber auch eine gewisse Pandemiemüdigkeit breit. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Maßnahmen ist bei den Menschen zwar weiterhin hoch. Aber ihre Geduld wird durch die mangelnden Perspektiven und den Rhythmus von einer MPK zur nächsten auf eine harte Probe gestellt. Das können wir sicherlich alle nachvollziehen. Auch wir alle wünschen uns doch mehr Normalität zurück.

Für viele Menschen ist diese Zeit aber eben auch eine Zeit existenzieller Sorgen. Viele bangen um ihre Existenz, weil sie nicht wissen, wie es mit ihrem Geschäft, ihrem Café, ihrem Laden weitergehen soll. Menschen bangen um ihre Jobs. Menschen bangen um ihre Zukunftspläne. Familien, gerade Alleinerziehende, kommen an ihre Belastungsgrenzen.

Die MPK hat schwierige Abwägungen zu treffen: einerseits die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes und die Eindämmung der Pandemie, andererseits die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der aktuell notwendigen Maßnahmen.

Diese MPK muss gut erklären, warum sie die Maßnahmen trifft. Denn das Wichtigste ist, dass wir die Menschen mitnehmen und dass wir ihnen Mut machen, dass irgendwann auch dieser lange, harte Winter zu Ende sein wird.

Daher hätten wir erwartet, dass die Landesregierung von sich aus eine Unterrichtung vor der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin anmeldet. Denn der zentrale Ort für Transparenz und für die Diskussion über Maßnahmen ist das Parlament.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Es war doch der Ministerpräsident selbst, der bei der Sondersitzung Anfang Januar deutlich gemacht hat, dass er Debatten vor der MPK durchaus für sinnvoll

hält. Aber anscheinend – dieser Verdacht drängt sich mir ein Stück weit auf – ging es ihm dabei weniger um Transparenz und die wirkliche Einbeziehung des Parlaments, sondern mehr darum, an dieser Stelle die SPD-Fraktion vorzuführen.

Was ist aber nun die Linie der Landesregierung für die anstehenden Gespräche? Wir konnten lesen, dass der stellvertretende Ministerpräsident in der letzten Woche ein Papier zu einem Stufenplan in die Diskussion eingebracht hat. Von dem Koalitionspartner oder gar dem Ministerpräsidenten selbst haben wir dazu bislang kaum etwas gehört. So beeilte sich der stellvertretende Ministerpräsident ja auch, das ganz schnell als einen persönlichen Debattenbeitrag zu kennzeichnen.

Mir drängt sich nach wie vor der Verdacht auf, dass die Debatten über die Linie der Landesregierung in der Pandemie einmal mehr nicht innerhalb der Koalition geführt werden, sondern weiterhin durch mediale Alleingänge befeuert werden sollen. Es passt zur schwarz-gelben Chaotikommunikation, dass gleichzeitig der Gesundheitsminister Laumann die Pläne seines Kabinettskollegen presseöffentlich ablehnt und dafür plädiert, weiter auf Sicht zu fahren.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie heute Licht ins Dunkel bringen, was Ihre Linie und die Linie dieser Landesregierung für die morgigen Beratungen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dass bis zur nächsten MPK, also morgen, ein Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie erarbeitet werden soll.

Für uns ist klar, dass sich eine Strategie nicht an einem bestimmten Datum orientieren kann und darf.

Ein Stufenplan muss Szenarien für verantwortungsvolle Öffnungen, gleichzeitig aber auch für notwendige Verschärfungen enthalten. Sich nur auf eine Öffnungsstrategie zu versteifen, wäre genauso kurzfristig und der aktuellen Lage nicht angemessen wie ein Beharren darauf, dass es derzeit eigentlich keine Perspektivplanung geben kann, Herr Ministerpräsident. Sie haben das in der letzten Sitzung noch so artikuliert. Wir erwarten, dass diese Landesregierung jetzt ihrer Verantwortung gerecht wird und Perspektiven aufzeigt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es muss einen klaren Handlungsrahmen geben. Es muss ein klarer Handlungsrahmen erarbeitet werden, der vorgibt, was unter welchen Umständen möglich ist, wann aber auch Maßnahmen verschärft werden müssen. Das schafft klare und verlässliche Perspektiven für die Menschen, auch wenn die Aussicht auf weitere harte Wochen in diesem Winter uns

allen natürlich Sorgen macht und für uns alle selbstverständlich ein harter Einschnitt ist. Aber wir brauchen diese klaren Perspektiven, weil wir auch die Zuversicht brauchen, dass wir als Gesellschaft gemeinsam und solidarisch diese Krise meistern werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Impfungen sind das Nadelöhr der Pandemiebekämpfung. Derzeit mangelt es vor allem an Impfstoff. Hier muss mehr getan werden, um Produktionskapazitäten zu erhöhen und mehr Produktionsstandorte zu schaffen.

Aber leider mussten viele Menschen in den letzten Wochen auch die Erfahrung machen, dass bereits die Terminvergabe einem verkorkten Flaschenhals ähnelte. Hier muss dringend nachgebessert werden. Die Anmeldung muss endlich barrierefreier ausgestaltet werden. Ehepaare müssen genauso gemeinsam einen Termin bekommen können, wie reservierte Impfzeiten festgelegt werden müssen, damit Gruppentermine organisiert werden können. Denn es ist doch auch wichtig, dass die Menschen überhaupt zu den Zentren hinkommen. Das ist aber für viele über 80-Jährige gleich das nächste Hindernis. Das heißt: Hier muss nachgearbeitet werden, damit die Menschen und die Impfungen tatsächlich zusammenkommen.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Da reicht es nicht aus, dass sich die Landesregierung selbst einen passablen Start attestiert und ansonsten einmal mehr die Verantwortung auf die Kommunen abschiebt.

Der Gesundheitsminister ist hier in der Verantwortung, gemeinsam mit den Akteuren die Impfstrategie zu erweitern. Dabei geht es darum, zum einen die Terminvergabe zu verbessern und zum anderen ein Konzept vorzustellen, dass neben den Impfungen in Impfzentren auch aufsuchende und dezentrale Impfungen möglich sind. Die Landesregierung darf nicht länger der hausgemachte Engpass in dieser schwierigen Situation sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Systematische Testungen sind – das ist angesprochen worden – insbesondere für diejenigen Menschen wichtig, die mit anderen Menschen in Kontakt sind und bei denen das nicht nur unvermeidlich ist, sondern es geradezu geboten ist, dass man in Kontakt mit Menschen kommt. Wir brauchen flächendeckende Tests für Erzieherinnen und Erzieher, für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Menschen in Pflegeeinrichtungen.

Wir brauchen aber auch eine Teststrategie für Kinder. In Köln hat es dazu gerade einen ersten Durchlauf mit Gurgeltests gegeben. Auch hier existieren also Möglichkeiten der Erweiterung, die dringend auszubauen und zu nutzen sind.

Studien zeigen, dass die aktuelle Situation für Kinder und Jugendliche besonders hart ist. Ihre psychischen, emotionalen und sozialen Belastungen sind hoch. Gleichzeitig erleben viele junge Menschen aber auch ein Ohnmachtsgefühl, weil sie wahrnehmen, dass ihre Bedürfnisse nicht gesehen werden und sie selbst auch gar nicht gehört werden.

Umso wichtiger ist es, dass die Schulministerin endlich klare Konzepte und Schutzstrategien vorlegt, wie Bildung und Infektionsschutz in Einklang gebracht werden können. Durch das monatelange Beharren auf reinem Präsenzunterricht und die Verweigerung alternativer Konzepte sind wichtige Wochen in der Planung verstrichen, Frau Ministerin Gebauer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schulen und Schulträger brauchen Planungssicherheit. Da müssen Sie Ihre Hausaufgaben machen, damit wir endlich zu Wechselmodellen, kleinen und festen Lerngruppen, versetztem Unterrichtsbeginn, aber auch zusätzlichen Räumen sowie Lernbegleiterinnen und Lernbegleitern kommen, wenn das Infektionsgeschehen Präsenzunterricht wieder zulässt.

„Perspektiven erarbeiten“ heißt aber auch, dass die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht nur Szenarien mit Bedingungen, zu denen längerfristig Öffnungen möglich sind, vorbereiten muss. Vielmehr müssen Maßnahmen und Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich doch auch mit unbürokratischen, passgenauen und vor allem bei den Betroffenen ankommenden Hilfen flankiert werden. Für viele Unternehmen, Soloselbstständige etc. – nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen – ist es bereits fünf nach zwölf. Es ist also dringend geboten, Unterstützung zu leisten. Das bedeutet, dass die Beantragung der Hilfen unbürokratisch möglich sein muss. Es ist doch eine Farce, wenn man dabei schon wieder im Digitalisierungschaos stecken bleibt.

Es ist gut und richtig, dass bei der Neustarthilfe für Soloselbstständige nachjustiert worden ist. Diese Neustarthilfe muss aber auch einen Neustart der Bundes- und Landesregierung markieren, damit die Hilfen endlich wirklich schnell, unbürokratisch und existenzsichernd ausgestaltet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen morgen bei der Ministerpräsidentenkonferenz dazu beitragen, dass es endlich einen Rahmen gibt. Wir hätten erwartet, dass Sie einen eigenen Vorschlag vorlegen, welchen Rahmen es geben kann. Viel wichtiger ist aber, dass Sie auch Ihrer Verantwortung in Nordrhein-Westfalen gerecht werden und es innerhalb der Landesregierung endlich ein abgestimmtes Konzept für einen Kurs gibt, der medizinische Vorsicht und Verantwortung mit klugen und evidenzbasierten Plänen für einen Umgang mit der Pandemie verbindet. Wir erwarten, dass mehr einheitliches Regierungshandeln und

weniger ein Streit, der zwischen den Koalitionspartnern offensichtlich öffentlich ausgetragen wird, zutage tritt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

**Bodo Löttgen (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Paul, lieber Herr Kutschaty, nichts von dem, was Sie hier vorgetragen haben, war wirklich neu. Vieles von dem, was Sie beide eingefordert haben, ist auf dem Weg, manches ist schon umgesetzt, einiges ist durchaus bedenkenswert – Stichworte: „Impfmanagement“ und „Wirtschaftshilfen“.

Ich will den viel diskutierten Stufenplänen, verbindlichen Plänen und Fünf-Punkte-Plänen nicht einen weiteren hinzufügen, sondern das Problem von einer anderen Seite beleuchten, quasi als Vorgeschichte einmal über die Ziele und Ursachen reden und dabei festhalten, warum wir eigentlich Grundrechte einschränken.

Ausgangspunkt aller Überlegungen und damit Ziel aller Maßnahmen war und ist es, das Gesundheitssystem vor Überlastungen zu schützen, genauer gesagt, die Zahl der intensivmedizinisch zu betreuenden Patienten, insbesondere derjenigen, die beatmet werden müssen, möglichst gering zu halten. Noch einmal präzisiert geht es darum, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit jedes Einzelnen bestmöglich zu schützen, indem unser Gesundheitswesen befähigt wird, diesen Schutz ohne Einschränkungen zu gewährleisten.

Was sind die uns bekannten Fakten und welche Maßnahmen haben wir auf deren Grundlage ergriffen, um das vorgenannte Ziel zu erreichen? – Vier Punkte:

Erstens. Das Verhalten von heute ist ursächlich für die Infektionszahlen in zwei Wochen, die Krankenhausbelegung in vier Wochen und die Todeszahlen in sechs Wochen.

Ein Beispiel dazu:

18. Dezember 2020: Höchststand der binnen 24 Stunden registrierten Neuinfektionen mit 33.777.

3. Januar 2021: Höchststand der Auslastung von Intensivstationen mit COVID-Patienten mit rund 5.700 Menschen.

14. Januar 2021: Höchststand der gemeldeten Todesfälle mit 1.244.

Fazit: Die Ende November, Anfang Dezember getroffenen Maßnahmen waren nicht ausreichend, um die sich auf hohem Niveau befindlichen Infektionszahlen wirksam zu verringern. Erst der harte Lockdown vom 12. Dezember 2020 führte zu den nun erfreulicherweise sinkenden Zahlen. Diese Schlussfolgerung sollte vielleicht ein erster Merkposten sein.

Zweitens. Das Virus breitet sich über Aerosole aus. Je größer die Zahl möglicher Kontakte ist, umso größer ist die Zahl möglicher Infektionen.

Drittens. Je größer die Zahl infizierter Personen, umso schwerer fällt es den Gesundheitsämtern, Kontaktpersonen zu identifizieren, zu informieren und unter die notwendige Quarantäne zu stellen.

Viertens. Seit gut zwei Wochen kommt ein Aspekt hinzu, der jedenfalls für mich erkennbar derzeit nur einen, allerdings einen gewichtigen Faktor mit sich bringt: Die Mutationen des Virus verbreiten sich schneller als die Ursprungsvariante.

Auf der Grundlage dieser Fakten haben wir Maßnahmen beschlossen, die über eine drastische Reduzierung sozialer Kontakte bisher eine unkontrollierte Ausbreitung verhindern konnten.

Der Preis, den wir dafür zahlen, ist hoch. Persönliche Freiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freizügigkeit, Berufsfreiheit und Eigentumsschutz, Versammlungs- und Religionsfreiheit sind als unveräußerliche Grundrechte eingeschränkt. Auf der Grundlage all dieser Fakten und in Kenntnis der schweren Folgen des Andauerns unserer getroffenen Maßnahmen diskutieren wir jetzt Stufenpläne, Fünf-Punkte-Pläne und Fahrpläne.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ein solcher Stufenplan wäre eine lineare Antwort auf ein dynamisches Problem. Der Status quo ist noch von hoher Ungewissheit geprägt, die Auswirkungen der Pandemie lassen sich noch schwer abschätzen. Notwendig ist also kein starres Korsett mit von Inzidenzen abhängigen Was-wäre-wenn-Maßnahmen, sondern eine dynamische Planung, die schnell und effizient auf sich täglich ändernde gute und schlechte Nachrichten reagiert. Das Virus ändert sich schnell, jetzt noch schneller. Deswegen brauchen wir als Antwort eine flexible Strategie.

Schon eine Nachricht wie die vom Sonntagnachmittag, dass in einem niedersächsischen Alten- und Pflegeheim bei 14 Bewohnern die Virusvariante B.1.1.7 nachgewiesen wurde, obwohl alle Bewohner bereits am 25. Januar zum zweiten Mal ihre Impfung erhalten hatten, kann jeden noch so sorgfältig ausgeklügelten Stufenplan ins Wanken bringen.

Schon geht noch mehr von dem verloren, was in dieser Pandemie in besonderem Maße notwendig ist: Vertrauen.

Damit bin ich bei einem weiteren Aspekt. Jeder Stufenplan birgt bereits in sich die Gefahr, dass Erwartungen enttäuscht werden. Ein Stufenplan ist nämlich nichts anderes als eine Handlungsanweisung für die Verwaltung, die mit Erwartungen seitens der Bevölkerung einhergeht. Das Virus kennt aber keinen Dienstweg. Deshalb darf unsere Antwort nicht aus Bürokratie und Dienstweg bestehen,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aus Grundrechten aber schon, Herr Kollege!)

sonst schwindet nach dem Vertrauen auch die zweite unabdingbare Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Pandemie: der Rückhalt für die Verlässlichkeit staatlichen Handelns.

Unsere Exit-Strategie kann und sollte aus meiner Sicht daher weiterhin sein, mit maximaler Flexibilität auf alle guten und schlechten Nachrichten während der Pandemie zu reagieren, klar zu kommunizieren, was unser nächstes Zwischenziel ist und was darauf folgen kann, logisch aufeinander aufbauende Schritte zu beschreiben, die unverändert bleiben, solange die Zahl der Infektionen sinkt oder gleich bleibt und beherrschbar nachverfolgbar ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hält doch vor keinem Gericht stand, was Sie erzählen!)

– Herr Mostofizadeh, wenn es Ihnen nicht passt, müssen Sie nicht zuhören.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Der Verfassungsrechtler Mostofizadeh! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich will Ihnen ein bisschen was zum Denken mit auf den Weg geben. Sollte man nämlich einen solchen Weg gehen, dann müssen wir uns drei unbequeme Fragen stellen.

Die erste lautet: Ist der Wert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner als Grenzwert für eine effektive Nachverfolgung in Stein gemeißelt oder können wir etwas daran ändern?

Die zweite: Hilft oder behindert uns das Beharren auf bürokratischer Verwaltung bei einer effektiven und schnellen Pandemiebekämpfung?

In Zusammenhang damit die dritte Frage: Dürfen die durch staatliche Maßnahmen an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehinderten Selbstständigen, Freiberufler und Unternehmen noch vor Anmeldung der Insolvenz auf die ihnen zustehende adäquaten Unterstützung durch eben diesen Staat zählen?

Zu Frage eins, dem Grenzwert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohnern. Google, Apple und Huawei wissen schon lange, wann und wo wir in ein Restaurant gehen. Die deutschen Gesundheitsämter dürfen es nicht wissen. Google, Apple und Huawei wissen Dank Gesundheitsapp und Fitnessarmbän-

dern besser als wir, wie es um unsere Risiken, unseren Allgemeinzustand bestellt ist.

(Sarah Philipp [SPD]: Was heißt das?)

Die deutschen Gesundheitsämter aber bekommen überlebensnotwendige Daten von Risikokontakten nur auf aufwendigen Umwegen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann handeln Sie doch!)

– Herr Mostofizadeh, ich sage Ihnen gleich, woran das liegt. Seien Sie doch nicht so ungeduldig; das sind Sie sonst doch auch nicht.

(Heiterkeit von Henning Höne [FDP], Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

– Er hat das schon verstanden.

Eine freiwillige, klar zu definierende, zeitlich für die Dauer der Pandemie begrenzte Nutzung von bereits vorhandenen Daten zum Zwecke des eigenen Gesundheitsschutzes wird als große Gefahr für das grundrechtsgleiche Recht auf informationelle Selbstbestimmung dargestellt, an vorderster Front – Achtung – von den Datenschutzbeauftragten.

Die aus Berlin und Rheinland-Pfalz sahen sich vor Kurzem gar genötigt, einen Brandbrief zu schreiben. Darin heißt es: Wer das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung einschränken wolle, müsse „überzeugende Argumente dafür liefern, damit eine solche Abwägung stattfinden kann.“

Sehr geehrte Frau Smoltczyk, sehr geehrter Herr Kugelmann, ich darf Sie mit zwei wohl für Sie sehr überraschenden Erkenntnissen konfrontieren:

Erstens. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein grundrechtsgleiches Recht, kein im Grundgesetz vorhandenes Grundrecht. Es wurde erst 1983 mit Bundesverfassungsgerichtsurteil aus den Grundrechten abgeleitet.

Zweitens. Die überzeugenden Argumente, die Sie für die Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung einfordern, brauche ich für jede Grundrechtseinschränkung.

Wenn Sie fordern – Zitat aus dem Brandbrief –, „ein angemessener Datenschutz darf dem Virus nicht zum Opfer fallen“, dann wird es Zeit, endlich über den Schutz mehr als gleichrangiger Grundrechte zu reden.

Weder ein angemessener Eigentumsschutz noch ein angemessener Schutz der persönlichen Freiheit, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freizügigkeit, der Berufsfreiheit, der Versammlungsfreiheit oder der Religionsfreiheit darf dem Virus zum Opfer fallen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Weil es keinen Eigentumsschutzbeauftragten, keinen Berufsfreiheitsbeauftragten oder Freizügigkeitsbeauftragten gibt, muss es unsere Aufgabe als Parlamentarier sein, die Gleichrangigkeit oder den Vorrang aller Grundrechte gegenüber dem grundrechtsgleichen Recht auf informationelle Selbstbestimmung da einzufordern, wo sie drohen, verlorenzugehen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Wer sich, Herr Mostofizadeh, dieser sicherlich unbequemen Diskussion verschließt, der handelt nicht nur fahrlässig mit Blick auf die Wahrung unserer Grundrechte, sondern gibt auch eine reelle Chance aus der Hand, früher als gedacht aus den Grundrechtsbeschränkungen auszusteigen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann lassen Sie uns doch diskutieren! Sie machen es nicht! Sie verweigern sich!)

– Ist ja wunderbar! Dann hoffe ich mal auf die Unterstützung der Grünen, wenn wir einen solchen Antrag einbringen werden. Ich bin gespannt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wäre mal Zeit! – André Stinka [SPD]: Wer soll den denn schreiben?)

Punkt zwei: Bürokratie. Die Bekämpfung der Pandemie wird nicht erschwert, weil es keinen Stufenplan gibt. Die Bekämpfung der Pandemie wird erschwert, weil wir versuchen, ein dynamisches Virus mit erstarrter deutscher Bürokratie zu bekämpfen, weil wir nicht bereit sind, kreativen und einfachen – vielleicht sogar dezentralen – Lösungen genügend Raum zu geben.

Die Übermittlung von Impfdaten scheitert wegen rechtlicher Bedenken der Kommunen.

Die Beantragung von zustehenden Hilfen erfordert die Einstellung einer Fachkraft, damit Dutzende von Formularen ausgefüllt werden können.

Ich kann nur wiederholen: SARS-CoV-2 kennt keinen Dienstweg, und deshalb bedarf es Lösungen jenseits des Dienstweges und der Bereitschaft, daran zu arbeiten.

Punkt drei: Staatliche Hilfen für diejenigen, denen der Staat die Geschäftsgrundlage genommen hat.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Wenn die Mutationen weiter anhalten, sich ausbreiten, dann wissen wir nicht, wann der Startzeitpunkt gekommen ist, um ... Da sage ich noch etwas: Wir müssen uns mal abgewöhnen, von „Lockerungen“ zu sprechen. Es sind keine Lockerungen, sondern es sind Rechte, die jedem einzelnen zustehen, die wir beschränkt haben und wieder zurückgeben müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, fragen sich doch viele Leute: Passt das eigentlich noch zusammen, was ihr da macht? Die Bazooka, die da in Berlin zwar rhetorisch abgefeuert worden ist, ist bedauerlicherweise bei viel zu wenigen Leuten angekommen, und „Wumms gemacht“ hat sie überhaupt nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was macht denn der Altmaier da?)

Ich will da gar keinen Schuldigen suchen. Herr Stinka, ...

(André Stinka [SPD]: Ich habe jetzt darauf gewartet!)

– Ja, warten Sie noch länger darauf, dann haben Sie auch was zu tun.

Es hilft doch nicht, meine Damen und Herren, hier mit Rechtfertigungen um die Ecke zu kommen bei all denjenigen, die bis heute keine November- oder Dezemberhilfe erhalten haben.

(André Stinka [SPD]: Ach! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Stinka, wir können das gerne ausdiskutieren, in welchem Ministerium da blockiert wird.

(André Stinka [SPD]: Ich weiß das!)

Ich sage mal so: Das ist nicht allzu sehr weit weg von einem Ministerium, das ein Kanzlerkandidat der SPD leitet.

(Beifall von der CDU – André Stinka [SPD]: Nein! Ich weiß genau, wie es ist!)

Da hilft auch keine Parteipolitik weiter.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Kanzlerin ist völlig machtlos? Das ist ja lächerlich! – Sarah Philipp [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Der Vorwurf geht generell an diese Große Koalition, die in Berlin regiert. Wir haben an einigen Punkten nachgebessert, was die Hilfen aus Berlin angeht. Aber dazu sind wir auch nicht endlos fähig.

Was jetzt notwendig ist, sind keine Rechtfertigungen für Leute, die bis heute keine November- oder Dezemberhilfe erhalten haben und die noch nicht mal das Überbrückungsgeld beantragen können. Das fällt nicht mehr auf fruchtbaren Boden. Die Menschen fragen sich doch, warum wir keine Fortschritte bei der Nachverfolgung gemacht haben und warum ihre sorgfältig ausgeklügelten Hygienekonzepte nicht zum Tragen kommen können.

(Sarah Philipp [SPD]: Was erzählen Sie denn da?)

Deshalb bleibt das Fazit aus dem Gesagten: Ein Stufenplan ist keine Lösung, sondern ein Versprechen, dessen Einhaltung auf tönernen Füßen steht. Es gibt

Lösungen für die Probleme jenseits des hier Gedachten, aber dazu müssten wir über unseren eigenen Schatten springen.

Und weiterhin: Wer durch den Staat an der Ausübung seiner Tätigkeit gehindert wird, muss sofort Hilfe erfahren – ohne überbordende Bürokratie und dem Ernst der Lage angemessen.

Vielleicht kann man über diese drei Punkte auch einmal bei einer Ministerpräsidentenkonferenz diskutieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Rasche.

(Sarah Philipp [SPD]: Der muss ja begeistert gewesen sein von der Rede! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Den Stufenplan braucht der Stamp gar nicht mehr einzubringen bei der Koalition!)

**Christof Rasche<sup>3)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in den Medien, in der Bevölkerung in diesen Tagen eine extrem große, hochintensive Diskussion mit Blick auf dem 15.02., auf den kommenden Montag, was die Öffnungen in einzelnen Bereichen betrifft, eine Diskussion, die wir in dieser Intensität noch nicht gehabt haben. Die Menschen fragen sich: Wann kann man denn tatsächlich etwas öffnen, schon am Montag, am Aschermittwoch oder vielleicht am Montag darauf? Die fragen sich dann: Was können wir denn öffnen?

Dann lesen die in der Zeitung: Wow, SPD und Grüne, die geben Gas. Die beantragen zu dieser Frage sogar eine Sondersitzung. – Dann erwarten die Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen, wenn nicht sogar darüber hinaus, Antworten auf ihre Fragen. Auf was denn sonst?

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Dann kommt in der Debatte von SPD und Grünen zu den Fragen, was sie denn Montag, Mittwoch oder übernächsten Montag öffnen wollen oder wann wie mit welcher Begründung, nichts,

(Beifall von der FDP und der CDU – Martin Börschel [SPD]: Das meinen Sie nicht ernst!)

keine einzige konkrete Antwort genau auf diese Fragen, die die Menschen doch ganz zentral berühren. Sie reden von Stufenplänen, die mal irgendwann unter irgendwelchen Kriterien eintreten, aber die Menschen interessiert: Was passiert am Montag?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Was passiert am Mittwoch? Was passiert am Montag darauf? – Da kommt bei Ihnen nichts.

(Zurufe von der SPD)

Ich frage mich: Wofür haben Sie eigentlich diese Sondersitzung beantragt, wenn Sie genau auf diese Fragen keine Antwort geben?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die FDP-Position ist Ihnen bekannt.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wir werben sehr für eine verantwortungsvolle Öffnung, und das wollen wir im Grunde doch alle, alle Parteien im Haus. Alle wollen eine verantwortungsvolle Öffnung.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Wir unterscheiden uns nur bei den Kriterien: Unter welchen Rahmenbedingungen können wir das machen, und wann können wir das machen?

Diese Unterschiede sind legitim. Die sind auch ganz normal, und deswegen diskutieren wir ja auch Woche für Woche, Monat für Monat darüber.

Das tun nicht nur wir, das tut die ganze Welt, das tut ganz Europa, das tut ganz Deutschland, und das machen natürlich auch alle Bundesländer. In Deutschland erleben wir – wie ich es gerade geschildert habe – unterschiedliche Positionen bei den Parteien, die unsere Demokratie gestalten.

(Lachen von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Die Kanzlerin, der Kollege Lauterbach, Helge Braun, Markus Söder, Herr Altmaier, Herr Kretschmann – sie alle agieren sehr sicherheitsbetont. Ich will das nicht kritisieren, sondern ich will es nur einmal beschreiben. Man hat nicht den Eindruck, dass die sich sehr intensiv mit wirtschaftlichen und sozialen Folgen befassen.

Dann gibt es die AfD auf der anderen Seite, die zumindest in Teilen Corona leugnet, sehr leichtfertig agiert – nach meiner Auffassung und Überzeugung ohne Verantwortung.

Die FDP versucht, einen Dreiklang zu finden – ich habe es hier schon mehrfach betont –, indem wir den Gesundheitsschutz als zentrales Ziel sehen, dies gleichzeitig aber verbunden mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Natürlich bleibt unser Ziel bestehen, als erstes das Gesundheitssystem zu schützen. Wir wollen die Anzahl der Neuinfektionen reduzieren. Wir sind uns der Disziplin der Deutschen bewusst. Das ist unsere Stärke; das sind die Stärken dieses Landes. Aber die Akzeptanz schwindet, und Akzeptanz ist die Voraussetzung für Disziplin.

Wir werben dafür, niemals leichtsinnig zu sein, aber wir sind bereit, beschränkte Risiken auch in dieser Pandemie einzugehen. Deshalb noch einmal – so habe ich es auch eingangs gesagt –: Nach unserer

Auffassung ist es Zeit für verantwortungsvolle Öffnungen.

Ich möchte neun Aspekte der aktuellen Situation ansprechen.

Erstens. Wir erleben unterschiedliche Entwicklungen im Ausland. In manchen Ländern steigen die Zahlen explosionsartig an, in manchen Ländern gehen sie deutlich zurück.

Zweitens. Es gibt unglaublich viele Fragen zu Mutationen. Vielleicht erhalten wir Antworten dazu erst in einigen Monaten. So lange können wir aber mit ersten Öffnungsschritten nicht warten.

Drittens. Der Inzidenzwert in NRW lag am 16. Dezember noch bei 172. Am 12. Januar lag er bei 148, am 27. Januar bei 97 und heute bei 70,6. Das ist nicht nur eine Halbierung, sondern weit mehr als das.

Viertens. Die Stimmung ändert sich. Die Leute gehen mit ihren Gedanken und Diskussionen zu Öffnungen dynamischer um. Sie wollen dabei kein Österreich. Wie Österreich gerade öffnet, halte ich für viel zu radikal. Das ist überzogen.

(Andreas Keith [AfD]: Alles Leugner!)

Ich vermute, die Österreicher wird es wieder einholen. Aber die Leute in Deutschland wollen einen Einstieg – nicht wie in Österreich, aber ziemlich zeitnah.

Fünftens. Menschen lassen sich nicht isolieren. Das haben wir mehrfach angesprochen. Wenn wir die Kontakte im öffentlichen Raum verbieten, anstatt sie mit klaren Hygienekonzepten und kontrolliert zu gestalten, dann treffen die Menschen sich eben in nicht-öffentlichen Räumlichkeiten und ohne Hygienekonzepte. Ich bin davon überzeugt, dass der erste Weg der bessere ist.

Sechstens. Die Bevölkerung befasst sich sehr stark mit der Kanzlerin, und da wird der Blick zunehmend kritisch. Es ist die Rede von einseitigen Beratern aus dem Kreis der Virologen. Zudem fehlen bei diesen Beratern Wirtschaftswissenschaftler, Psychologen, Pädagogen und viele andere Fachleute.

Viele Bürgerinnen und Bürger finden es merkwürdig, dass die Kanzlerin Tag für Tag, vielleicht sogar stündlich, unterschiedliche Medien informiert, eine solche Kommunikation mit dem Bundestag aber nicht führt. Wir erleben ...

(Stefan Kämmerling [SPD]: Warum erzählen Sie uns das?)

– Ich erzähle das nicht nur Ihnen hier im Parlament, sondern auch der Öffentlichkeit, weil ich das für wichtig halte.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Das mag ja für Sie völlig unwichtig sein aber wissen Sie eigentlich, wie weit Sie sich von den Menschen

in diesem Land mit einem solchen Zwischenruf distanzieren, Herr Kollege?

(Henning Höne [FDP]: Wer die Sitzung beantragt, muss das auch aushalten! – Andreas Keith [AfD]: So, wie sich die FDP verabschiedet hat, schafft das keine andere Partei!)

Ich sage das hier, weil es die Menschen bewegt. Und wir sollten uns darum kümmern, was die Menschen bewegt. Das ist unsere zentrale Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Siebtens. Nach wie vor gibt es Aufregung über die EU-Impfstoffpolitik – übrigens unter deutscher Ratspräsidentschaft.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Sie sind schon in einer Koalition, oder nicht?)

Markus Schröder forderte in der letzten Woche maximale Transparenz in diesem Bereich ein.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Was sagt denn Herr Laschet dazu?)

Nach wie vor haben wir in allen wichtigen Details aber geschwätzte Verträge. Das ist genau das Gegenteil von maximaler Transparenz.

Achtens gebe ich beim Impfstoff und auch beim Impfen in Nordrhein-Westfalen zu: Da läuft nicht alles optimal. Da müssen wir besser werden.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Darüber sollten Sie mal reden! Das wäre wirklich interessant!)

Der letzte Punkt zur aktuellen Situation bezieht sich auf die nach wie vor große Kritik an den Wirtschaftshilfen des Bundes. Carsten Linnemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagfraktion, hat am vergangenen Freitag im „MOMA“ gefordert, die Regierung solle sich endlich mal am Wochenende, wenn möglich, rund um die Uhr, an den Schreibtisch setzen und am Montag – also gestern – ein Konzept vorlegen, damit die Wirtschaftshilfen endlich funktionieren.

Das sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, der sich für die Wirtschaft einsetzt, in dieser wichtigen Debatte in Richtung der eigenen Bundesregierung.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Was ist das für eine Rede?)

Er hat allerdings vergessen, gestern oder heute zu kritisieren, dass nichts vorgelegt worden ist. Das ist eine merkwürdig Vorgehensweise von Herrn Linnemann; das haben wir schon öfter erlebt. Da kommen einseitige Forderungen, er gewinnt damit ein, zwei Tage Schlagzeilen, am Ende kommt aber nichts dabei heraus.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir erwarten nun die morgige Ministerpräsidentenkonferenz. Das ist spannend. Vielleicht kommt es tatsächlich zu verantwortungsvollen Öffnungen.

Wir haben über unterschiedliche Phasen gesprochen. Es ist doch selbstverständlich, dass man irgendwann öffnet. Selbstverständlich ist aber auch, dass man nicht alles auf einmal öffnet.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Also bleibt doch nur ein Ergebnis: Dann muss in verschiedenen Phasen geöffnet werden. Das ist doch ganz logisch. Wie soll man es sonst machen?

Und wenn man weiß, dass man nur in verschiedenen Phasen öffnen kann, dann muss man sich darüber unterhalten, was in welcher Phase geschieht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Richtig!)

Wir haben klare Prioritäten gesetzt. Die Grundschulen haben Vorrang. Da müssen wir irgendwie eine Form des Unterrichts finden, und zwar möglichst zeitnah. Vielleicht ist das schon Aschermittwoch möglich, vielleicht ist es erst am 22. Februar möglich. Das können nur die morgigen Gespräche ergeben; diesem Ergebnis können wir nicht vorweggreifen.

Für mich gehört der Dienstleistungsbereich – zum Beispiel Friseure und vergleichbare Dienstleistungen – auch zwingend in diese Kategorie der schnellen Lösungen in Phase 1. Wir werden keine Hotspots in unseren Städten haben, wenn wir in diesen Bereichen öffnen.

Auch beim Sport werde ich dafür, in einzelnen Bereichen nicht bei Verboten zu bleiben, die es in Hessen und Niedersachsen nicht gibt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn Hessen und Niedersachsen in einzelnen Bereichen mit dem Sport und mit der Freizeit vernünftig umgehen können, dann sollten wir uns fragen, ob wir das nicht auch können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn ich nun von Phase 1 spreche, werden weitere Phasen folgen: in der Gastronomie, wiederum im Sport, vor allem in Handel und Handwerk sowie im Tourismus. Es gibt da so viele Bereiche: Wir könnten alle gemeinsam versuchen, jeden einzelnen Bereich aufzuzählen; wir würden vermutlich immer wieder einzelne vergessen, weil es so kompliziert ist.

Die FDP hat mit ihrem Aufschlag dazu beigetragen – wie viele andere auch –, dass es zu einer ernsthaften Öffnungsdebatte gekommen ist. Und Thomas Kutschaty hat heute in einem Entschließungsantrag

einen Fünfpunkteplan vorgestellt, in dem konkrete Szenarien und Phasen der Öffnung vorgestellt werden.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Da ist er fünf Punkte weiter als Sie!)

Vor einer Woche hat er noch gesagt – Zitat –:

„Wir sollten in der jetzigen Phase nicht der Versuchung erliegen, Lockerungsdebatten zu führen – auch dann nicht, wenn es opportun erscheint.“

(Nadja Lüders [SPD]: Ja!)

Was ist denn in diesen wenigen Tagen passiert, lieber Herr Kutschaty?

(Thomas Kutschaty [SPD]: Gar nichts!)

Hat sich die Welt total verändert? Waren die Zahlen nicht vorher schon im Sinkflug? Oder sind es vielleicht irgendwelche Umfragewerte, die dazu führen, dass man auch in der SPD ein bisschen umdenkt und versucht, näher bei den Menschen zu sein?

Kollegin Paul sagte vorhin mit Blick auf die Bevölkerung – die Formulierung fand ich interessant –: Die Einsicht ist groß und gut, die Geduld aber nicht. – Ich habe versucht, mir das vorzustellen. Wie soll das denn funktionieren? Wenn die Einsicht sehr gut ist, dann werde ich auch die notwendige Geduld aufbringen. Wenn aber die Geduld gar nicht mehr vorhanden ist, werde ich auch keine Einsicht haben.

Alein diese Formulierung beschreibt, Frau Paul, in welcher schwieriger Situation wir uns befinden. Es ist eben nicht ganz so einfach. Sie fordern ein langfristiges Konzept, geben aber keine kurzfristigen Antworten. Und mit einer solchen Beschreibung in Richtung der Bürgerinnen und Bürger – „die Geduld lässt nach, aber eure Einsicht ist vorhanden“ – wird es schwierig, dass die Menschen uns verstehen.

Wir werden übermorgen schon wieder in dieser Runde diskutieren. Da geht es dann auch um das Impfen und um Hausärzte. Das sind ganz wichtige Aspekte. Es geht um mehr Tests und auch um Selbsttests. Da geht es darum, wie man die Kriterien bei der Inzidenz erweitert. Es müssen auch die Belegung von Intensivbetten und viele andere Faktoren eine Rolle spielen.

Wir werden noch einmal darüber sprechen, wie stark die Gesundheitsämter denn jetzt wirklich bei der Nachverfolgung von Neuinfektionen sind. Vielleicht sind sie viel stärker. Dann könnte man auch den angepeilten Inzidenzwert erhöhen. Und wir werden überregionale Lösungen diskutieren müssen: Wo regional ein Hotspot entsteht, müssen wir auch regional und nicht landesweit agieren.

Schauen wir also auf den morgigen Tag. Die FDP hat sich in den letzten Tagen – wie alle anderen Fraktionen auch – eingebracht. Wir führen eine intensive Debatte, und ich freue mich auf unsere gemeinsame

Debatte am kommenden Donnerstag. Unser Ziel und unsere Aussage bleiben aber bestehen: Es ist Zeit für verantwortungsvolle Öffnungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Waren Sie eigentlich schon mal auf einem Basar? Wenn nicht, kann ich Ihnen das wirklich nur empfehlen. Fliegen Sie, sobald es wieder möglich ist – also 2023, 2024 oder was auch immer in den Hinterzimmern des Kanzleramtes miteinander besprochen wird –, am besten mal nach Marrakesch. Der Souk ist der größte Basar in Afrika.

(Henning Höne [FDP]: In Syrien sind Sie doch so gerne!)

Dort herrscht wirklich ein buntes Treiben. Da kann man viele Lektionen fürs Leben lernen, auch für die aktuelle Coronalage. Denn das große Feilschen um unsere Freiheitsrechte hat längst begonnen, wie Sie hier gerade wieder festgestellt haben – und das alles in einer Datenlage, die Göran Kauermann, Dekan der LMU München und Statistiker, als eine einzige Katastrophe bezeichnet. „Wir sind immer noch im Blindflug unterwegs“, führt er aus.

Ja, in der Tat: Über ein Jahr nach den ersten Fällen in Deutschland fehlt es weiterhin an irgendeiner validen Basis, um das Infektionsgeschehen wirklich vernünftig einschätzen zu können.

Gab es beispielsweise eine Übersterblichkeit im Jahr 2020? Das muss doch eine der wichtigsten und zentralsten Fragen sein. Keiner weiß das so genau. Die einen sagen: Ja, deutlich lokal, zeitlich begrenzt, zum Beispiel einige Monate in Sachsen. – Das ist doch nicht wirklich seriös. Andere sagen wiederum: Ja, eher weniger, vielleicht ein bisschen, aber möglicherweise auch nur, weil wir einen harten Lockdown hatten. – Und wieder andere, unter anderem dieser Dekan Kauermann, sagen: Nein; wenn man herausrechnet, dass Deutschland rapide altert, wir also eh jedes Jahr mehr Todesfälle zu verzeichnen haben als im Jahr zuvor, haben wir keine signifikante, wirklich als solche auszuweisende Übersterblichkeit.

Wir leben also in einer pandemischen Lage mit einem Virus, und die Wissenschaftler sind sich nicht einmal mehr einig, ob in diesen Monaten und in diesem Jahr überhaupt mehr Menschen versterben als in völlig gewöhnlichen Jahren auch.

(Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

Apropos Sterbezahlen: Jeden Tag flimmert uns entgegen oder ist dick in den Zeitungen abgedruckt, wie viele Menschen heute wieder an oder mit Corona verstorben sind. Schade ist nur, dass so gut wie nie darauf hingewiesen wird, dass es sich bei den Zahlen natürlich nicht um die heutigen oder gestrigen Zahlen von Verstorbenen handelt, sondern um an dem Tag eingegangene Meldungen von Todesfällen aus einem Zeitraum von bis zu acht Wochen.

Wenn es also „Todeszahlen von gestern“ heißt, sind damit gestern eingetrudelte Meldungen aus den letzten ein bis zwei Monaten gemeint. Hier könnten Sie genauso gut Knochen vor sich hinwerfen oder aus dem Vogelflug ablesen, wie tatsächlich die validen Aussagen dahinter aussehen. Wenn Sie mehr als einen groben Trend erkennen wollen, dann haben Sie es da schwer.

Und was heißt in diesem Zusammenhang „an oder mit Corona verstorben“? Wenn eine Palliativstation, Onkologie oder Beatmungs-WG von dem Coronavirus betroffen wird, sterben dort extrem geschwächte Patienten gegebenenfalls an Corona. Aber ist es wirklich redlich, davon zu sprechen, wenn beispielsweise ein völlig durchmetastasierter Patient am Ende seines Leidensweges effektiv durch eine Infektion mit ebendiesem Keim verstirbt? Oder war es dann eigentlich doch der Lungenkrebs?

Versuchen Sie einfach einmal, hierzu vernünftige Daten zu bekommen. Da werden Sie wenig Glück haben. Wie gefährlich ist denn das Virus schlussendlich? Zumindest hierzu muss es doch vernünftige Daten geben, oder? Ja, die gibt es – auch das ist bekannt; das habe ich Ihnen schon gesagt –, nämlich die Metaanalyse – also eine Auswertung von vielen verschiedenen Studien – von Herrn Professor Ioannidis, die auf eine Case-Mortality-Rate von 0,24 kommt.

In Deutschland halten sich aber viele weiter an kleinen, unterschiedlichen Studien fest – also nicht an einer Analyse von vielen Studien – und sagen, die Fallsterblichkeit liege bei 0,5 bis 1. Wozu auf gute, valide Daten zurückgreifen, wenn man auch ein Bauchgefühl hat?

Und was ist mit diesem R-Wert? Das ist doch ein guter Wert, insbesondere bei einer Erkrankung, bei der man immer noch davon ausgeht, dass zwischen vier von fünf und neun von zehn Erkrankungen völlig im Dunkelfeld ablaufen, fernab vom Radar der Öffentlichkeit. Aber sei es drum!

Nehmen wir an, dass eine Person vier weitere Personen ansteckt. Dann haben wir einen R-Wert von 4. Achtung, Achtung! Alle in den Keller! Decke über den Kopf!

Stecken aber 1.000 Infizierte 200 Personen an, haben wir einen R-Wert von 0,2. Also aufatmen! Niemand hat mehr Corona!

Sie sehen: Der R-Wert eignet sich vor allem in sehr hohen Zahlenbereichen. Bei sehr kleinen Zahlen kommen hier sehr schnell sehr wilde Ausschläge zustande.

Dieser R-Wert ist jetzt doch sicher explodiert, weil wir in Deutschland diese ganz neue Mutante haben oder die verschiedenen Mutationen, die es mittlerweile gibt, die so ansteckend sind und die sich hier schon so unbemerkt verbreitet haben. Ja, genau! Das Zauberwort ist hier „unbemerkt“. Der R-Wert ist überhaupt nicht ausgeschlagen. Und das Interessante ist: Die Inzidenzen sind selbst in Großbritannien, in Irland, in Südafrika alle auf dem absteigenden Ast.

In dieses Datenfiasko gut ein Jahr nach der ersten Infektion mit dem neuen Coronavirus in Deutschland fällt der nächste Ministerpräsidenten-Stammtisch. Einige freuen sich. Schließlich gilt es, auf dem Handy den einen oder anderen Highscore zu knacken. Die anderen müssen draußen um ihre Existenzen bangen – völlig abhängig von dieser kleinen Runde und dem dort vorherrschenden Gutdünken. Sie fragen sich: Darf ich irgendwann wieder mein Geschäft öffnen? Wie muss das Konzept dafür aussehen? Bekomme ich irgendwann Hilfszahlungen oder zumindest einen Kredit? Können meine Kinder irgendwann wieder in die Schule gehen? Darf ich zur Beerdigung meiner Oma? Muss ich meine Hochzeit jetzt das vierte Mal in diesem Jahr verschieben? Kann ich mein Neugeborenes endlich meiner Familie zeigen und, wenn ja, darf mein Bruder dabei sein, vielleicht sogar mit seiner Freundin?

Alles hängt an dieser einen Runde, die in der Nicht-öffentlichkeit mit den gerade besprochenen Daten tagt und berät.

Und wie es eben so ist, wenn man eigentlich nichts weiß, gehen die Meinungen und Vorschläge weit auseinander. Die CSU und die Kanzlerin wollen den Lockdown verlängern. Man weiß noch zu wenig, will das Unwissen auch nicht unbedingt abbauen – dafür hätte man jetzt natürlich ein bisschen Zeit gehabt – und deshalb den Lockdown unbedingt verlängern.

Wenn das Volk das nicht mehr mitmacht, wird eben im RKI angerufen und eine Studie bestellt, die zeigt, wie heftig das alles noch werden kann – bitte mit möglichst viel Potenzial für Angst und Schrecken.

Für die, die meinen, dass es sich dabei um eine Verschwörungstheorie handelt – schön wär's –: Wenig beachtet in den deutschen Medien – warum auch? –, kam am Wochenende die Meldung, dass ausgerechnet das Innenministerium im Frühjahr auf verschiedene Wissenschaftler zugegangen ist, um maximale Kollaboration einzufordern und ein Papier zu entwickeln, mit dem repressive Maßnahmen besser zu begründen sind. Wie bestellt, wurde dieses Papier schon vier Tage später geliefert. Natürlich nahm das Ministerium dann auch noch einmal die oben angegebenen Werte, also das absolute Horror- bzw.

Worst-Case-Szenario, damit die Kanzlerin Angst und Schrecken verbreiten kann.

Man kann es sich langsam wirklich nicht mehr ausdenken. Die Realität überholt gerade die eine oder andere Verschwörungstheorie.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der CDU)

Kommt es angesichts dessen, was man so mitbekommt, vielleicht doch nicht zu einer Lockdown-Verlängerung? Allerdings gibt es eine Gruppe von Wissenschaftlern, die mit der sogenannten Zero-COVID-Strategie im Vorfeld vorgeschlagen hat, den Lockdown nicht nur zu verlängern, sondern auch noch einmal richtig zu verschärfen. Nun soll einfach alles heruntergefahren werden. Die Kanzlerin soll in einer internen Besprechung einmal so schön gesagt haben: „Warum kann man das Reisen nicht einfach ganz verbieten?“ „Ja, warum eigentlich nicht?“, fragen da die Zero-COVID-Strategen zurück.

Es ist also irgendwie wie auf dem Basar. Jetzt, da die Maximalforderung am Horizont steht, von der wir zumindest bislang nicht wissen, ob sie auch bestellt ist, wirkt der Vorschlag der Kanzlerin auf einmal gar nicht mehr so übel. Da müssen wir ja nur weiter das abgeben, was wir eh schon abgegeben haben, und nicht noch unsere gesamte Wirtschaft herunterfahren.

Aber gleichzeitig kommt auch schon das nächste Angebot um die Ecke: Wir könnten vielleicht auch einfach lockern – natürlich nicht sofort; das wäre viel zu gefährlich.

Auch wenn die WHO Lockdowns nur als eine Notbremse sieht und davon abrät, diese längerfristig durchzuführen, Herr Professor Ioannidis, den ich hier ja häufiger zitiere, für den ersten Lockdown bewiesen hat, dass er nicht signifikant geholfen hat, und immer mehr Wissenschaftler vor den extrem schädlichen Nebenwirkungen dieses Lockdowns warnen – aber sei es drum; in dem Geschrei auf dem Basar geht eben einiges unter –, schlägt an dieser Stelle unter anderem Herr Dr. Stamp einen Stufenplan vor.

Sie fragen sich jetzt: Herr Dr. Stamp? Also nicht die FDP? – Nein, nicht die FDP. Die FDP ist ja in NRW in der Koalition, die von Anfang an die Beschlüsse aus Berlin eins zu eins umgesetzt hat. Es ist nur Herr Dr. Stamp – jetzt auch nicht als Vize-Ministerpräsident, sondern als Privatperson.

Für diesen Stufenplan greift Herr Dr. Stamp, wie so viele andere in dieser Zeit, die diesen wenig innovativen, mutlosen und im Prinzip schon rauf und runter deklinierten Gedanken aktuell durch die Medienwelt treiben, den Inzidenzwert auf. Hm! Da kann man an verschiedenen Stellen anfangen, unter anderem beim PCR-Test.

Wir könnten uns aber auch die Frage stellen, warum der Inzidenzwert nach wie vor bei 50 liegt und warum die Gesundheitsämter es ein Jahr lang nicht ge-

schaft haben, bei einem Wert von über 50 mehr Kontaktverfolgungen gewährleisten zu können. Warum liegt der Wert der nachverfolgbaren Infektionen auf 100.000 Einwohner also immer noch bei 50?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der Inzidenzwert hängt doch auch elementar davon ab, wie viele Menschen getestet werden, wo diese Tests gemacht werden und wer überhaupt getestet wird. Er hängt also elementar von einem Testregime ab. Trotzdem liegt er immer noch bei 50.

Warum laut Herrn Dr. Stamps Plan ein Restaurantbesuch bei einer Inzidenz von 51 auf 100.000 Einwohner, beispielsweise ausgelöst durch einen einzigen Coronaausbruch in einem Altenheim in einem kleinen Dorf, gefährlicher ist als bei einem Inzidenzwert von 49 auf 100.000 Einwohner, diffus über eine Großstadt verteilt, weiß auch niemand.

Aber das ist in dieser medialen Kakophonie am Barstand auch längst egal. Wer jetzt zuschlägt, bekommt vielleicht noch 5.000 Impfdosen dazu – in drei Monaten, vielleicht auch in zwei Jahren. Grundrechte gehen in diesen Tagen hier über den Tresen, als wären sie billige Souvenirs, die man sich an die Wand hängt, bei einer Tasse Tee anschaut und dabei sagt: Ach, wie schön war das damals, als wir noch eine Berufsausübungsfreiheit hatten.

(Beifall von der AfD)

Währenddessen jagt dann – Geldschwemme an der Börse – eine Rallye die nächste. Scholz' Motto: Wohlstand für die vielen. – Das muss man jetzt einschränken: die vielen, die sich ein Aktiendepot in diesen Tagen leisten können, nicht für Friseur oder Gastronomen oder Einzelhändler. Aber der Wohlstand für die vielen, die über Aktien verfügen, geht jetzt tatsächlich endlich durch die Decke. Das ist die SPD 2021. Dafür kann man dann auch keine warmen Worte mehr verlieren.

(Beifall von der AfD)

Das Einzige, was in dieser Situation noch hilft, ist endlich ein Schlussstrich unter dieses ganze unwürdige Geschacher, bei dem die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft und Demokratie wirklich Schaden nimmt.

Sofortiges Ende des Lockdowns! Die Voraussetzungen für die Härte der Einschränkungen sind längst nicht mehr gegeben.

Zurück zu einem weitgehend normalen Schulbetrieb mit Hygienekonzept! Dazu gibt es jetzt eine S3-Leitlinie, die vorschreibt, wie es gehen kann.

Zurück zu einem weitgehend normalen Betrieb bei Einzelhandel, Friseuren etc.! Es liegen gute Hygienekonzepte vor. Längst ist bewiesen, dass dort keine pandemietreibenden Geschehnisse vorherrschen.

Gastronomen müssen bei Vorlage eines vernünftigen Hygienekonzeptes endlich wieder öffnen dürfen. Auch dort werden die Infektionen nachweislich nicht weiterverbreitet.

Großveranstaltungen – so bewiesen beispielsweise in einer Leipziger Studie – können mit einem umfangreichen Konzept auch für die An- und Abreise wieder erlaubt werden.

Auf der anderen Seite: Volle Kraftkonzentration auf die Risikogruppen; Testkapazitäten genau da nutzen, wo die gefährdetsten Personen leben; vermehrt Kontrollen auf Einhaltung von Hygienekonzepten und Testregimen – eben da, wo die Menschen sterben, und nicht in der Allgemeinbevölkerung!

Zügige Impfdosenbeschaffungen nach erfolgter Zulassung, zum Beispiel auch Sputnik, für jeden, der sich impfen lassen möchte! Wo ist das Problem, wenn sich jemand nicht impfen lassen möchte? Dann ist eben mehr für diejenigen da, die sich impfen lassen wollen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Dr. Martin Vincenz (AfD):** Ich komme zum Ende, sehr geehrte Frau Präsidentin.

Die Priorität noch besser auffächern für diejenigen, die wirklich am gefährdetsten sind! So kann man auch den extremen Ansturm auf die Impftermine besser in Bahnen lenken.

Es gibt nachweislich kaum Bereiche, in denen nicht Konzepte existieren, die repressive Maßnahmen völlig obsolet machen. Lassen Sie uns mit dem Virus leben und nicht gemeinsam gesund eingehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Vincenz. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Ministerpräsident Laschet.

**Armin Laschet, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen an einem kritischen Punkt der Pandemie?

Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt heute in Nordrhein-Westfalen nach RKI-Zahlen bei 67,2, nach unseren Einschätzungen vom LZG – dieser Wert ist etwas höher, weil es da noch Meldeverzögerungen gibt – bei 70,6. Aber das ist der niedrigste Stand seit dem 20. Oktober 2020.

Deshalb frage ich mich, wieso man eigentlich von einem kritischen Punkt der Pandemie spricht, wenn alles weiter heruntergeht. Wir haben inzwischen in Münster 28,0, in Coesfeld 38,1, in Bielefeld 40, in

Steinfurt 48,2; immer mehr Städte und Kreise fallen unter die 50er-Marke.

Wir haben in den Krankenhäusern heute 3.748 COVID-Erkrankte, von denen 514 beatmet werden. Noch zum Jahreswechsel rund um Silvester waren es 5.900 Erkrankte und 769 Beatmete.

Wir haben viel erreicht. Seit dem 13. Januar 2020 haben wir die Sieben-Tage-Inzidenz halbiert.

Wir spüren täglich – das ist auch in den Wortbeiträgen der Fraktionen deutlich geworden – die sozialen, die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Belastungen der Pandemie.

Seit einem Jahr versuchen wir hier vorzutragen, dass der Blick allein auf R-Werte, allein auf Infektionszahlen das wirkliche Geschehen in unserem Land nicht widerspiegelt.

Deshalb sind in unserem Expertenrat nicht zehn Virologen, sondern auch Kinderpsychologen, Kinderpsychiater, Wirtschaftswissenschaftler, Menschen vom Sozialdienst katholischer Frauen und andere, die die soziale Lage im Land mindestens genauso beschreiben wie die Inzidenzwerte.

Das ändert nichts an den Schlussfolgerungen, die man daraus zieht. Aber bei all dem, was sich im Moment abspielt, muss man auch ein Gespür dafür haben, dass Menschen in Not sind.

Wir haben das Video der Friseurin gesehen, die geschildert hat – dieses Video wurde 2 Millionen Mal angeklickt –: Sie hat bis zur Minute kein Geld erhalten. Sie weiß nicht weiter. Sie hat vier oder fünf Mitarbeiter. Sie hat ihr ganzes Leben normal gearbeitet und ist jetzt in ihrer Existenz bedroht.

Das müssen wir auch wahrnehmen, wenn wir über dieses Thema sprechen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Deshalb arbeiten wir einerseits weiter an den Impfungen. Da kann man natürlich sagen: Alles hat gehakt. Man hat nicht sofort einen Termin bekommen. Wir hätten erwartet, wenn 1 Million Menschen bei einer Hotline anrufen, dass jeder sofort einen Termin erhält. Wieso hat die Landesregierung es eigentlich nicht hingekriegt, 1 Million Anrufer sofort zu bedienen?

Die Wirklichkeit ist heute: 700.000 Menschen haben einen Impftermin. Alle Menschen in Alten- und Pflegeheimen werden in wenigen Tagen die zweite Impfung bekommen haben und sind damit geschützt. 820.000 Menschen sind bereits geimpft worden. Der Start der Impfzentren am gestrigen Tag ist trotz Schneechaos sehr gut gelungen, weil genau in der Folge der Impftermine mehrere Tausend Menschen außerhalb der Alten- und Pflegeheime gestern ihre Impfung bekommen haben.

Das wird so weitergehen. Je weiter dieser Schutz wächst, desto leichter ist dann auch der Umgang mit all dem, was wir heute diskutieren.

In der Debatte etwas zu kurz gekommen ist das Thema „Kita und Schule“. Natürlich kann man hier am Tag vor der Ministerpräsidentenkonferenz eine Sondersitzung des Plenums beantragen. Ich sage Ihnen: Der Kern, über den wir morgen reden werden, ist das Thema „Kita und Schule“. – In den Wortbeiträgen habe ich relativ wenig über Kita und Schule gehört.

Denn das ist genau der Bereich, in dem wir heute auch Schäden anrichten. Das müssen wir wissen. Wir verantworten es trotzdem, weil wir abwägen und sagen: Der Gesundheitsschaden ist ein größerer.

Aber Kinder werden davon geprägt, dass sie ihre Klassenkameraden nicht mehr treffen. Das Lernen ist meistens ein sozialer Prozess in Gruppen, der nicht mehr stattfindet. Niemand kann mir erklären – man kann so viel Tablets anschaffen, wie man will –, dass ein Distanzunterricht und damit ein Homeoffice für Kinder ein guter Lernort ist. Niemand wird mir das erklären können.

(Sarah Philipp [SPD]: Das hat auch niemand gesagt!)

Deshalb war das Plädoyer für den Präsenzunterricht ganz richtig. Er ist im Moment nicht möglich. Aber so zu tun, als könnte man digital Kinder erziehen, ist schlicht eine falsche Herangehensweise und Unsinn.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In Aachen gibt es eine Schule in einem besonders schwierigen Viertel, die wir hier schon früher sehr oft zitiert haben. Diese sehr engagierte Hauptschule macht – das wird von der Ministerin auch an vielen Orten im Land ermöglicht – Distanzunterricht in der Schule. Das ist etwas sehr Kluges. Die Kinder und Jugendlichen – meistens sind es Jugendliche –, die zu Hause eben nicht so lernen können, können in die Schule gehen und werden dann dort quasi auf Distanz unterrichtet wie die anderen auch.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Herr Ott, Sie leben in einer anderen Welt.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Das ist eine Einfamilienhaus-Sicht.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Denken Sie doch einmal an die Kinder, die diese soziale Hilfe brauchen und die deshalb in der Schule jetzt im Distanzunterricht betreut werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt!)

Dahin muss die SPD auch mal wieder zurückkommen.

Deshalb ist das Thema „Kita und Schule“ morgen das entscheidende Thema.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Schön wäre, wenn das Thema „Schule“ mal hier das entscheidende Thema wäre!)

Darüber hinaus merken wir auch – das wird aber morgen nicht das Hauptthema sein können, weil weitere Öffnungen noch nicht denkbar sind –, dass Gastronomen, Händler und Kulturschaffende weiterhin schwer belastet sind. Diese Frage muss uns auch über den morgigen Tag hinaus beschäftigen.

Jetzt nenne ich Ihnen die besondere Schwierigkeit, vor der diese Debatte stehen wird. Wie Sie wissen, bin ich immer für Folgendes eingetreten: Wenn Zahlen sinken, muss man Grundrechtseingriffe zurücknehmen. – Das war im März letzten Jahres richtig. Es wurde von Ihnen kritisiert. Sie hätten sich lieber den bayerischen Weg gewünscht. Wir haben Woche für Woche Maßnahmen zurückgenommen. Am Ende waren wir bis zum Beginn der Sommerferien bei sehr niedrigen Inzidenzen. Dieser Weg war richtig.

Jetzt stehen wir erneut vor sinkenden Zahlen – aber mit einem anderen Phänomen, nämlich dem Phänomen eines mutierten Virus, dessen Wirkung wir nicht kennen. Jetzt wird exakt beschrieben: Wir haben die normale Wirkung des Virus, die Stück für Stück zurückgeht, und latent darunter das sich entwickelnde mutierte Virus – geschätzt bei 6 %, bei 7 % und in manchen Regionen schon bei bis zu 10 %.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn dieses mutierte Virus seine volle Wirkung entfalten wird und das andere Virus zunehmend überlagern und am Ende ablösen wird, geht das Ganze wieder exponentiell mit einem Mal hoch. Der R-Wert liegt heute bei 0,9. Allein durch das mutierte Virus steigt er mit einem Mal um 0,35 %.

(Zuruf von der AfD)

Das ist die Lage, in der wir uns im Moment befinden. Deshalb ist die Zielsetzung, auf ein so niedriges Niveau wie möglich zu kommen und zu verhindern, dass dieses mutierte Virus sehr schnell ansteigt.

In dieser Abwägung steht man jetzt. Kann man da am 15. Februar die Schulen öffnen? Oder müssen wir noch eine Woche warten? Jeder Tag, den wir warten, bedeutet ein weiteres Sinken der Zahlen.

Diese Bundeseinheitlichkeit ist jetzt wichtig, damit die Menschen wissen: Wir müssen noch ein paar Tage durchhalten, um die Zahlen möglichst nach unten zu bringen und dem mutierten Virus keine Chance zu geben. – Insofern ist das ein Wettrennen mit der Zeit.

Sie haben mich aufgefordert, zu sagen, was ich morgen vorhabe. Ich halte es nicht für klug, dass sich von

den 16 Ministerpräsidenten jeder in seinem Landtag festlegt. So wird man morgen nicht zu Ergebnissen kommen.

(Beifall von der CDU)

Ich höre schon Ihre Ausführungen am Donnerstag: Sie haben am Dienstag aber dieses gesagt, und jetzt ist jenes herausgekommen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das wäre mal ein Diskurs, Herr Ministerpräsident!)

– Herr Mostofizadeh, es ist jetzt nicht die Zeit, zu sagen, wer sich wie parteipolitisch durchgesetzt hat.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Nein, darum geht es auch nicht!)

– Doch. Wenn ich heute sage: „Ich will, dass die Schulen dann und dann öffnen“, werden Sie mir am Donnerstag vorhalten: Jetzt haben Sie die Schulen verunsichert. Erst sagen Sie so, und dann sagen Sie so.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Frau Paul, hören Sie es sich doch einfach einmal an.

(Zurufe von der SPD)

Ich hatte angeboten – das wird ja morgen stattfinden –, dass ich die Fraktionsvorsitzenden am Mittwochmorgen, bevor der Gipfel startet, über den aktuellen Stand der Papiere unterrichte.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben das noch einmal angeregt. Wir haben das aufgegriffen. Aber es ist doch ein Unterschied, ob wir hier vor der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit herumspekulieren, was morgen herauskommt, oder ob man intern alle Fraktionen über den Sachstand der Papiere unterrichtet, der erst heute Abend absehbar ist.

(Beifall von der CDU)

Die Kernbotschaft wird sein: Wir werden so schnell wie möglich – das „so schnell wie möglich“ werden wir dann aushandeln ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Bevölkerung ist klüger, als Sie denken!)

– Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung klüger ist, als ich denke. Ich kann die Intelligenz der Bevölkerung einschätzen. Sie ist aber, glaube ich, klüger, als Sie sind, wenn Sie sich hier so einlassen. Das kann man an vielen Orten feststellen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Was für eine Arroganz! Fürchterlich!)

Das ist doch kein parteipolitisches Spiel. Joachim Stamp legt einen exzellenten Fünf-Phasen-Plan mit

Notbremse vor – eine wirklich sehr gute Idee, die er da entwickelt hat. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein legt einen guten Plan vor. Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, hat gute Anregungen gegeben. Das kann man doch in diesen Tagen mal ohne parteipolitische Brille sagen.

Aber wenn Joachim Stamp das macht, heißt es: Oh, Krise in der Koalition.

(Zuruf von der GRÜNEN: Ja!)

Naht die Ampel?

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Diese verkürzte parteipolitische Sichtweise hat mit der Sache, mit der Pandemie, mit der Not, in der wir uns im Moment befinden, null Komma null zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt komme ich zu der Überbrückungshilfe III. Viele haben bis heute kein Geld bekommen, keinen Cent. Die Bazooka wurde angekündigt, und nichts ist gekommen. Das ist nicht nur ein Minister – der eine hat nur groß über die Bazooka geredet –, sondern auch ein Verhandeln zwischen Bundeswirtschaftsminister und Bundesfinanzminister, um dann noch dieses und jenes hineinzupacken.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

– Frau Lüders, die beiden Herren haben sich da verhält. Es hat gedauert und gedauert und gedauert.

Aber eine Sichtweise kann man sich vielleicht nach diesem ganzen Prozedere einmal abschminken. Wir haben in Nordrhein-Westfalen im März letzten Jahres 430.000 Anträge mit 4,5 Milliarden Euro in wenigen Tagen über die Bezirksregierungen mit vielen Überstunden digital bewältigt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Vorstellung, die es in manchen Köpfen immer noch gibt – „wenn der Bund es übernimmt, geht es besser“ –, hat sich hier wieder einmal als eklatant falsch erwiesen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Seit November bis Ende Februar hat der Bund gar nichts auf die Kette gekriegt.

Dieses Geld muss unbedingt in den nächsten Tagen fließen. Sonst vernichten wir Existenzen. Die Friseurmeisterin, die ich eben erwähnt habe, ist nur ein Beispiel.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist die Ausgangslage, vor der wir morgen stehen. Das Abwägen zwischen dem Bekämpfen des Virus und den Schäden, die für Kinder und Jugend-

liche schon heute entstehen, muss in einen guten Zeitplan gebracht werden.

Die Schulministerin hat in den letzten Tagen viele Gespräche mit den Verbänden geführt. Wir haben aber bewusst den Zeitpunkt noch nicht publiziert, weil wir keinen Alleingang Nordrhein-Westfalens wollen. Wir wollen, dass sich morgen die 16 Länder gemeinsam verständigen und dann sehr zeitnah – möglichst noch am morgigen Mittwoch, spätestens am Donnerstagmorgen – alle wissen, worauf sie sich einrichten müssen. Es sind schwierige Zeiten. Das kostet Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher sehr viel an Nerven und an sonstiger Kraft.

Noch einmal mein Appell: Lassen Sie uns diese letzten Wochen im Wettlauf mit dem mutierten Virus noch einmal zusammen gehen. Sie können sicher sein: Die Landesregierung und auch ich persönlich tun alles, damit so schnell wie möglich die Schulen wieder offen sind und auch die Geschäfte wieder öffnen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Aber es muss verantwortbar bleiben. Diese Verantwortung obliegt uns allen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Kutschaty.

**Thomas Kutschaty**<sup>\*)</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Laschet, ich habe Ihnen gut zugehört. Ich kann Ihre Einschätzung unterstützen, dass man eine Pandemie nicht nur nach Inzidenz- und R-Werten beurteilen darf. Ich kann auch Ihre Problembeschreibung durchaus teilen.

Was ich aber nicht teilen kann, ist, dass sich die Arbeit eines Ministerpräsidenten auf Problembeschreibungen beschränkt. Er muss handeln und Vorschläge machen. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Sie haben doch gerade selbst gelobt, wie schön es ist, dass der Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein einen Vorschlag macht, der Ministerpräsident aus Niedersachsen einen Vorschlag macht und der Kollege Stamp einen Vorschlag macht. Wo ist denn Ihr Vorschlag? Nichts war heute von Ihnen zu hören.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich muss mich korrigieren. Sie haben berichtet, Sie hätten etwas aus einer Schule in Aachen gehört. Dort wird jetzt Lernen auf Distanz im Gebäude gemacht.

Das fanden Sie ganz gut. Das ist auch gar nicht schlecht. Aber ist an Ihnen eigentlich die ganze schulpolitische Debatte des letzten Jahres vorbeigegangen? Solche Modelle fordern wir doch schon ewig.

(Beifall von der SPD, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Ganz offensichtlich haben Sie aber auch nicht den Rückhalt Ihrer Fraktionen in diesem Hause. Herr Löttgen hat gerade einen interessanten juristischen Vortrag gehalten. Daran habe ich immer Interesse.

(Heiterkeit von der SPD)

Ich bin ja froh, dass es bei Juristen auch Mindermeinungen gibt und man bei juristischen Vorträgen nicht allen Meinungen folgen muss. Aber die Quintessenz Ihres Vortrags war doch: Gegen Stufenplan, aber für nichts. – Das ist die Botschaft der CDU-Fraktion.

(Beifall von der SPD)

Herr Rasche sagte erst, die SPD habe keinen konkreten Plan. Zum Schluss haben Sie dann doch unseren Stufenplan gesehen. Das ist auch gut so. Sie selbst sprechen von Öffnungen in Phasen. Ich glaube, da können wir uns durchaus annähern.

Aber das ist doch alles kein einheitliches Erscheinungsbild. Diese Koalition in Nordrhein-Westfalen ist gelähmt.

(Widerspruch von der FDP)

Nordrhein-Westfalen war einmal der Motor für politische Initiativen auf Bundesebene.

(Beifall von der SPD)

Nichts davon ist heute hier übriggeblieben.

Deswegen ist es schlecht für unser Land, dass wir von Ihnen heute keinerlei konkrete Vorschläge gehört haben.

Ich finde es gut und nett, dass Sie uns telefonisch informieren. Ich denke aber, dass auch die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, zu erfahren, was der Ministerpräsident mit diesem Land vorhat. Das gehört hier ins Parlament.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Thomas Kutschaty**<sup>1)</sup> (SPD): Deswegen: Korrigieren Sie sich und machen Sie konkrete Vorschläge. – Das wäre besser für unser Land als nur diese Beschreibung, dieses Abwarten „mal schauen, was da morgen kommt“. Das ist zu wenig.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Löttgen.

**Bodo Löttgen** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eben das Gefühl, wir befänden uns mitten in der karnevalistischen Zeit, obwohl der Karneval eigentlich ausfällt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Heiterkeit von der CDU)

Erster Aspekt. Herr Kutschaty, wenn Sie sich allen Ernstes hier ans Rednerpult stellen und Ihre Regierung als bundespolitischen Motor beschreiben, dann muss ich entgegnen, dass dieser Motor stotterte, denn er sagte „nie, nie, nie“. Das war es, was Sie in Bezug auf bundespolitische Wirkung geleistet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter Aspekt. Folgendes zeigt mir, dass Sie noch nicht mal richtig zugehört haben: Ich habe die Nachteile eines Stufenplans beschrieben – nicht mehr und nicht weniger. – Ich habe nicht gesagt, er könne nicht kommen. Er hat aber Nachteile, und mit diesen müssen wir uns befassen. Sie wollen das nicht tun, und sagen deshalb, alles, was nicht Ihrer Meinung entspreche, sei nichts.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kutschaty, damit kommt man in politischen Verhandlungen nicht weit.

Dritter Aspekt. Sie sagten, der Ministerpräsident habe heute nichts angekündigt. Das Wichtigste, was er angekündigt hat, war der nächste gangbare Schritt, den er so deutlich beschrieben hat, dass selbst Sie es mitbekommen haben müssten. Das negieren Sie einfach. Deshalb sage ich Danke dafür, dass klar geworden ist, wie die Verhandlungsposition Nordrhein-Westfallens in dieser wichtigen Ministerpräsidentenkonferenz morgen sein wird. Ich bin sicher, der Ministerpräsident wird sich dafür einsetzen, dass es eine bundesweit einheitliche Regelung gibt. Davon würden wir alle profitieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Letzter Aspekt. Ich weiß nicht, wie Sie es empfunden haben; ich muss einen Satz zur Rede von Herrn Dr. Vincentz sagen.

Sehr geehrter Herr Dr. Vincentz, der hippokratische Eid sollte Ihnen eigentlich verbieten, Kranken zu schaden. Genau das haben Sie sich aber mit Ihrer Rede eben geleistet.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von Christian Loose [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Tod durch Corona zu leugnen oder zu relativieren, ist ein Schlag ins Gesicht der Ärztinnen und Ärzte, der Pfleger und des medizinischen Personals,

(Zurufe von Andreas Keith [AfD] und Christian Loose [AfD])

das auf den Intensivstationen jeden Tag um das Leben von Patienten kämpft. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Andreas Keith [AfD]: Sie sind ein Hetzer und Spalter, sonst nichts! Schämen sollten Sie sich!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

**Josefine Paul** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Laschet, wir fragen uns nach Ihrem Redebeitrag nach wie vor, was die Linie der NRW-Koalition in der Debatte morgen sein wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich ist es richtig, dass man sich auf einen möglichst abgestimmten Rahmenplan aller Bundesländer einigen muss. Ich erwarte von der Regierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes aber schon, dass sie mit einem eigenen Plan, einer eigenen Initiative in die Verhandlungen geht.

Mich wundert sehr, wenn der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei FDP erklärt, er werde gespannt vor dem Fernseher sitzen, um zu sehen, was da morgen passiert. Ich erwarte von dieser Landesregierung ein einheitliches Bild und nicht, dass ein Teil gespannt vorm Fernseher sitzt und der andere noch überlegt, was er morgen einbringt. Was ist die Linie? Ist es die Linie der Privatperson Joachim Stamp, die einen Stufenplan vorgelegt hat, oder ist es doch eher das Fahren auf Sicht von Herrn Laumann sowie das, was Sie hier beschrieben haben? Herr Kollege Löttgen hat die Nachteile ja relativ deutlich skizziert. Das interpretiere ich so, dass er einem Stufenplan eher ablehnend gegenübersteht. Was ist die Linie der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die MPK?

Herr Ministerpräsident, Sie haben darauf verwiesen, hier sei gar nicht über die Schulpolitik gesprochen worden. Über die Schulpolitik reden wir seit einem Jahr. Seit einem Jahr reden wir darüber, was passieren müsste, und darüber, was nicht passiert, weil die Schulministerin scheinbar zu jedem Konzept gedrängt werden muss. Man muss ihr jedes Konzept abtrotzen. Die Schulträger und die Schulen brauchen

endlich Planungssicherheit. Dafür muss diese Landesregierung auch in Eigenverantwortung sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Herr Dr. Stamp hat sich für die Landesregierung zu Wort gemeldet.

(Zuruf: Privat! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Für die Landesregierung? – Heiterkeit)

**Dr. Joachim Stamp**<sup>\*)</sup>, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, in der derzeitigen Situation – Christof Rasche hat vorhin sehr gut beschrieben, wie nervös die Gesellschaft ist und wie schwierig der Alltag für die Menschen im Lockdown zu gestalten ist – brauchen wir beides: ein Fahren auf Sicht und eine Abstimmung im Bund, aber eben auch eine Debatte über die darüber hinausgehende Perspektive. – Genau deswegen habe ich diesen Beitrag zur Debatte geleistet.

Folgendes ist mir für die Diskussion wichtig. Bodo Löttgen hat zu Recht gesagt, es dürfe keine Stufen mit Inzidenzen geben, die Automatismen auslösten. Die Entscheidung über Grundrechte kann man nicht nur an Kennziffern festmachen. Deswegen habe ich ganz bewusst von Phasen sowie davon, dass man die Indikatoren weiten muss, gesprochen. Wenn es um die Einschränkung von Grundrechten geht, geht es immer um eine politische Gesamtbetrachtung. Auf dieser Basis muss beraten und miteinander gesprochen werden.

(Beifall von der FDP)

Zu dieser Betrachtung gehört entscheidend, wann wir die auch von Ihnen, Herr Kutschaty, angesprochenen Testkapazitäten für zertifizierte Selbsttests haben werden.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: So ist es!)

Das kann ja ein Gamechanger, wie man heute neudeutsch sagt, werden. Nach allem, was wir hören, ist das eine Frage von Tagen oder Wochen. Das muss man bei der Überlegung, wann man in eine nächste Phase eintreten kann, natürlich mit bedenken.

Die Frage ist, wann genau wir mit den entsprechenden Zielgruppen beim Impfen durch sind. Auch das ist ein ganz wesentlicher Aspekt.

Außerdem geht es natürlich um die Frage – Bodo Löttgen hat sie zu Recht angesprochen –, wie wir bei der Digitalisierung der Nachverfolgung weiterkommen. Diesbezüglich machen wir in den Gesundheitsämtern aktuell deutliche Fortschritte und sind da jetzt sehr viel weiter.

Eines möchte ich – an die Opposition gerichtet – zurückweisen. Ich bin froh, dass der Ministerpräsident hier eine ganz klare Botschaft dazu gesendet hat, was für die Landesregierung bei den derzeitigen Verhandlungen im Vordergrund steht, und zwar dass wir es jetzt schaffen, im frühkindlichen Bereich und in den Grundschulen so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass wir es bei aller Risikoabwägung nicht länger zulassen, dass Kinder im Alter von sechs, sieben oder acht Jahren nicht mehr lesen und schreiben lernen können, und dass uns die Entwicklungsstörungen große Sorgen machen. Deswegen steht dieser Aspekt für uns als Landesregierung im Fokus. Für diese Botschaft bin ich dem Ministerpräsidenten ausgesprochen dankbar. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Das war der Redebeitrag für die Landesregierung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen: Herr Dr. Vincentz hat sich nach § 30 unserer Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet.

Ich lese noch einmal den Text des § 30 vor:

„Zu persönlichen Bemerkungen wird das Wort erst nach Schluss der Aussprache,“

– an dieser Stelle sind wir –

„jedoch vor der Abstimmung erteilt. Die Rednerin bzw. der Redner darf nicht zur Sache sprechen, sondern nur Äußerungen, die in der Aussprache gegen sie bzw. ihn gerichtet wurden, zurückweisen oder erkennbar gewordene Missverständnisse ihrer bzw. seiner früheren Ausführungen richtig stellen. Die Redezeit ist auf drei Minuten beschränkt.“

So weit § 30. Herr Dr. Vincentz hat das Wort, aber er kennt auch die schmale Gratwanderung, die § 30 nur ermöglicht.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich beziehe mich tatsächlich auf eine Wortmeldung von Herrn Löttgen, der mich dort nicht als Parlamentarier, sondern eben als noch praktizierenden Arzt angriff. Ich möchte Ihnen in guter hippokratischer Tradition noch einmal in Erinnerung rufen, dass es heißt: „Primum non nocere, secundum cavere, tertium sanare.“ An erster Stelle steht: nicht schaden.

Wenn Sie alle Nebenwirkungen des Lockdowns bedenken, die Entwicklungsstörungen bei den Kindern, die das hervorruft, die Folgen von Armut, die direkt auch mit einer erhöhten Sterblichkeit einhergehen,

und alles, was Sie mit diesen Maßnahmen – er kennenswert auch durch die Wissenschaft belegt – anrichten, dann können Sie nicht sagen, dass ich meiner Fürsorgepflicht als Arzt nicht nachkommen würde.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu den Abstimmungen.

Erstens stimmen wir ab über den gemeinsamen Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12569. Die antragstellenden Fraktionen haben eine direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrages Drucksache 17/12569 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/12569** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung und stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12577. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen sind demzufolge bei der SPD-Fraktion. – Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/12577** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **abgelehnt**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, diesmal über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/12578. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/12578** mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur letzten Abstimmung und stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12579. Wer stimmt hier zu? – Das ist die SPD-Fraktion. – Die Gegenstimmen sind bei CDU, FDP und der AfD-Fraktion. – Stimmenthaltung demzufolge bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Damit ist dann auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/12579** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir sind nicht nur am Ende des Tagesordnungspunktes 1, sondern wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung angekommen. Ich wünsche allen einen guten weiteren Arbeitstag.

Wir treffen uns aller Voraussicht nach, wie geplant,  
am Donnerstag wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 11:43 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht  
überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll  
so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.